Monatsspiegel

Dezember 2011
Januar 2012

SPD Erlangen

Adressaufkleber

Auf die Politik kommt es an!

Nachdem Christian Ude vom Parteivorstand offiziell als Seehofer-Herausforderer nominiert wurde, ist die Stimmung in der BayernSPD super. Doch gerade jetzt heißt es, unsere Politik in den Mittelpunkt zu stellen. Denn gewonnen ist noch lange nichts.

Von Angelika Weikert MdL
Betreuungsabgeordnete für den Stimmkreis Erlangen

Die Chance auf einen Politikwechsel in Bayern war noch nie so groß, noch nie so real wie jetzt. Christian Ude ist der beliebteste bayerische Politiker – erfahren ist er noch dazu, und seit langer Zeit lenkt er die Geschicke in der bayerischen Landeshauptstadt sehr erfolgreich. Nun ist er auch offiziell der Spitzenkandidat der BayernSPD für die Landtagswahl 2013.

Dass die Stimmung in der SPD-Landtagsfraktion dementsprechend positiv und sehr erwartungsvoll ist, versteht sich von selbst: Zum ersten Mal seit Jahren hat Bayern die reelle Chance, modern und vor allem sozial gerecht regiert zu werden. Und wenn jetzt keiner übermütig wird, kann das auch klappen. Wenn wir weiter hart arbeiten, wenn wir die CSU stellen, wo wir nur können, wenn wir unsere Konzepte für Bayern deutlich machen – und wenn wir auch die anderen Oppositionsparteien davon überzeugen können, dass ein wirklicher Politikwechsel nur möglich wird, wenn die Wähler die CSU in die Opposition schicken und wir nicht als Steigbügelhalter die 54-jährige CSU-Herrschaft noch verlängern helfen.

Die Zeit ist reif. Die Stimmung ist gut. Christian Ude ist der richtige Kandidat – auch deshalb, weil er versprochen hat, auch Franken und Mittelfranken beim Blick auf Gesamtbayern nicht aus den Augen zu verlieren. Zur Not werden die mittelfränkischen Landtagsabgeordneten ihn immer wieder daran erinnern. Das kann ich hier stellvertretend versprechen. Christian Ude bezeichnete in der Presse vor einigen Tagen seine Kontakte nach Franken für „ausreichend, aber ausbaufähig“. Wir Nürnberger Sozialdemokraten werden gemeinsam dafür sorgen, dass hier am Ende sogar ein „sehr gut“ steht. Und bei Horst Seehofer mit seiner CSU nach der Wahl ein verdientes „durchgefallen“.

Entscheidend ist, dass wir jetzt mehr denn je deutlich machen, warum wir einen Politikwechsel brauchen. Ich möchte hier stellvertretend nur zwei Themen herausgreifen: Die Arbeitslosenzahlen in Bayern scheinen auf den ersten Blick im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht so ganz schlecht zu sein. Ein zweites Hingucken zeigt jedoch: Der Arbeitsmarkt ist tief gespalten! So ist der Anteil Langzeitarbeitsloser immer noch sehr hoch. Fatal ist deshalb, was die Regierungskoalition gerade auf Bundesebene beschlossen hat: Durch die sog. Instrumentenreform sollen in den nächsten vier Jahren 26,5 Milliarden Euro auf Kosten der Arbeitsuchenden gekürzt werden. Hinzu kommen Kürzungen von rund 12 Milliarden Euro bei

Fortsetzung auf Seite 3

06.12	20:00	Distrikt Innenstadt: Jahresabschluss	Kulisse	S. 24
07.12	19:00	Distrikt Anger/Bruck: Distriktsversammlung	AWO Anger	S. 23
07.12	19:00	Distrikt West: Jahresabschlussessen	Güthlein	S. 25
07.12	20:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Röthelheim-Biergarten	S. 25
12.12	20:15	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 27
13.12	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 25
14.12	20:00	Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis	August-Bebel-Haus	S. 5
15.12	15:00	60plus: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 26
16.12	19:00	AsF: Weihnachtsfeier	Julie Mildenberger	S. 27
20.12	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 23
20.12	19:00	Distrikt Frauenaurach: Weihnachtsfeier	TSV Frauenaurach	S. 23
09.01	20:15	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 27
10.01	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 25
10.01	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Güthlein	S. 25
11.01	20:00	AsF: Veranstaltung „Probleme behinderter Frauen“	Frauenzentrum	S. 27
11.01	20:00	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	Waldschänke	S. 24
17.01	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 23
18.01	20:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung		S. 25
19.01	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3
24.01	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 24
25.01	20:00	Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis	August-Bebel-Haus	S. 5
27.01	20:00	Linkes Forum Erlangen	Orpheus	S. 22
01.02	20:00	AsF: Jahreshauptversammlung	August-Bebel-Haus	S. 27

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen
Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung
Philipp Dees
Lichtenfelser Weg 6
91056 Erlangen

Telefon: 09131-483791
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

den Überweisungen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit. Die Gelder für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sollen um ganze 30 Prozent reduziert werden. Viele Träger vor Ort befürchten zu Recht, dass sie ihre Arbeit zur Integration Langzeitarbeitsloser nicht mehr in der bewährten Art und Weise werden durchführen können. Die Job-Center können vor dem Hintergrund der Kürzungen aus dem Bund vielen erfolgreichen Projekten die Fortführung nicht garantieren.

Die Wohlfahrtsverbände haben in einer Anhörung im Bundestag Alarm geschlagen. Ebenso haben die Länder im Bundesrat erhebliche Bedenken geäußert. Auch der Ausschuss für Arbeit und Sozialpolitik des Bundesrates kommt zu einer ganz eindeutigen Einschätzung: „Das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt wird seinem Namen ganz und gar nicht gerecht. Im Ergebnis werden damit die Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt nicht verbessert, sondern Einschränkungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik vorgenommen."

Mittlerweile ist der Gesetzentwurf im Vermittlungsausschuss gelandet. Und spätestens hier verschränken sich Bundespolitik und Landespolitik. Ich kann Frau Haderthauer nur nachdrücklich auffordern, sich jetzt für eine echte Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente einzusetzen. Was wir brauchen, ist ein Gesetz, das sich an fachlichen Kriterien orientiert – und nicht eine reine Kürzungsorgie. Wir brauchen gezielte Maßnahmen, die dazu beitragen, Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen und Jugendlichen Perspektiven zu eröffnen. Die aktuelle positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist keine Rechtfertigung für eine Reduzierung der Mittel. Der Sozialbericht für Bayern 2011 zeigt erneut, dass die Langzeitarbeitslosigkeit im Jahr 2010 im SGB II-Bereich durchschnittlich fast 50 Prozent betrug. Das sind rund 130.000 Menschen mit ihren Familien. Die Regierung ist gerade dabei, sie fallenzulassen.

Ebenso unsozial zeigt sich die CSU beim Thema Studiengebühren. Studienbeiträge erhöhen die ohnehin schon bestehenden sozialen Barrieren im Bildungssystem. Ziel der bayerischen Hochschulpolitik muss es aber sein, jungen Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten eine fundierte Ausbildung zu ermöglichen. Deshalb sammelte ich im November auch mit der Juso-Hochschulgruppe Erlangen auf dem Hugenottenplatz Unterschriften für die Massenpetition der SPD-Landtagsfraktion zur Abschaffung der Studiengebühren. Der Zuspruch war ungeheuer groß. Etwa jeder Dritte hat angehalten, um mit seiner Unterschrift ein Zeichen zu setzen. Insgesamt kamen an diesem Nachmittag in kurzer Zeit 250 Unterschriften zusammen.

Angelika Weikert beim gemeinsamen Infostand mit der Juso-Hochschulgruppe zur Massenpetition gegen Studiengebühren

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, den 19. Januar 2012, 20.00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. **Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder**
2. **Neonazi-Strukturen und Rechtsextremismus in Bayern und Mittelfranken**
3. **Anträge**
4. **Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften**
5. **Verschiedenes**

Dieter Rosner **Dirk Goldenstein** **Sandra Radue**

Helmut Straub feiert seinen 80. Geburtstag

Von Heide Mattischeck

Am 2. Dezember 1931 wurde Helmut Straub in Mannheim geboren. Er besuchte das Realgymnasium in Ettlingen und schloss seine Schulzeit 1951 mit dem Abitur ab. Anschließend hat er in Karlsruhe und Stuttgart Maschinenbau studiert.

Nach Beendigung des Studiums war Helmut Straub zunächst bei der Bundesanstalt für Wasserbau in Karlsruhe beschäftigt, später bei der Firma Geyer, einem Unternehmen für Abwassertechnik.

Im Jahre 1964 kommt er nach Erlangen und nimmt seine Tätigkeit bei der Firma Siemens im Bereich der Reaktortechnik auf. Er war hier bei der KWU bis zu seinem Ausscheiden aus Altersgründen im Jahre 1994 beschäftigt.

1960 trat Helmut Straub in die SPD ein. Im vergangenen Jahr wurde er für 50jährige Mitgliedschaft geehrt.

Wir, die wir mit Helmut viele Jahre, Jahrzehnte zusammen gearbeitet haben, schätzen ihn als einen kompetenten, streitbaren, diskussionsfreudigen Genossen. Die verschiedenen Funktionen, die er in der Erlanger SPD übernommen hat, wurden von ihm zuverlässig, ohne persönlichen Ehrgeiz und mit erheblichem Engagement konsequent ausgefüllt. Ob das zunächst als verantwortlicher Kassier im Distrikt Süd, später als Vorsitzender in seinem Distrikt von 1984 bis 1999 war – keine organisatorische Arbeit in der SPD war ihm zuviel.

Zweimal ist Helmut Straub in den Erlanger Stadtrat nachgerückt. Von 1979 bis 1984 und von 1988 bis 1990 arbeitete er vor allem im Haupt- und Finanzausschuss sowie im Personalausschuss – was seinen Kenntnissen und Neigungen besonders entsprach.

Mit zwei Themen bringt man Helmut Straub unweigerlich in Verbindung: Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte sowie die Kernenergie und deren friedliche Nutzung.

Bei der in den 70er Jahren beginnenden kritischen Diskussion über die Nutzung der Kernenergie war er nicht nur aus Loyalität zu seinem Arbeitgeber, sondern als kompetenter Techniker und Ingenieur zutiefst davon überzeugt, dass die Kernenergie unverzichtbar und sicher ist. Er hatte bei den Diskussionen zu diesem Thema in unserem Kreisverband keinen leichten Stand.

Bei Diskussionen über die Mitbestimmung und über Arbeitnehmerrechte war er an Leidenschaft und Engagement nicht zu überbieten. Im Unterbezirk hat er das Referat für Arbeitnehmerfragen, im Kreisverband den Arbeitskreis für Arbeitnehmerfragen geleitet.

In Anerkennung seiner inhaltlichen Arbeit, seines praktischen Zupackens bei jedweder Arbeit, die nun mal in einer Partei anfällt und seiner geradlinigen Persönlichkeit hat ihm die Erlanger SPD im Jahre 2004 ihre höchste Auszeichnung, die August-Bebel-Uhr, verliehen.

Lieber Helmut, wir gratulieren Dir ganz herzlich zu Deinem runden Geburtstag und wünschen Dir Gesundheit und alles Gute.

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Dezember und Januar Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute

01.12. Helmut Straub
80 Jahre

06.12. Peter Wissmann
75 Jahre

09.12. Maria Schmeets
85 Jahre

11.12. Heidelinde Gahler
65 Jahre

11.12. Dietmar Habermeier
74 Jahre

14.12. Werner Karr
74 Jahre

20.12. Werner Funk
83 Jahre

23.12. Ludwig Mühlbauer
71 Jahre

30.12. Erich Opel
75 Jahre

30.12. Fred Milzarek
65 Jahre

31.12. Klaus Mattischeck
72 Jahre

31.12. Dietmar Hahlweg
77 Jahre

31.12. Detlef Sondermayer
70 Jahre

01.01. Narendra Dev Paliwal
73 Jahre

04.01. Ehrhard Peiberg
70 Jahre

05.01. Werner Fischer
81 Jahre

06.01. Peter-Gerd Gollwitzer
65 Jahre

10.01. Thorsten Wegscheider
50 Jahre

12.01. Joachim Wolter
71 Jahre

16.01. Caroline Leisgang
60 Jahre

20.01. Ursula Schnapper
60 Jahre

31.01. Adolf Steinmüller
94 Jahre

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Wir treffen uns wieder am

Mittwoch, 14. Dezember, 20 Uhr im August-Bebel-Haus

mit der **Arbeitsgruppe zum Schwerpunktthema „Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen“** zur Diskussion unserer Ergebnisse zu den sozioökonomischen Strukturdaten ER.

Außerdem treffen wir uns am

Mittwoch, 25. Januar, 20 Uhr im August-Bebel-Haus

Themen:

- Aktuelles („Euro-Krise“)
- Steueraufkommensstruktur (z.B. zur Aussage „Die Reichen zahlen 90% der Einkommenssteuer“ u.ä.)
- Jahresplanung (Themen, Termine)

Wie jeder Arbeitskreis des Kreisverbands ist auch der WiPo-AK natürlich offen für alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht. Wir freuen uns über jede/n, die/der mitarbeiten, mitdiskutieren oder auch nur erst mal zuhören will.

Helmut Pfister

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Februar 2012
20. Januar 2012

Charlotte Schwarz wurde fünfundneunzig

Von Robert Thaler
Stadtrat

Charlotte Schwarz feierte ihren 95. Geburtstag. Die rüstige SPDlerin und Trägerin der August Bebel Uhr empfing am Vormittag mit Tochter und Schwiegersohn die Gratulanten zu diesem besonderen Ereignis.

Noch immer wohnt die überzeugte Gewerkschafterin in ihrer adretten Genossenschaftswohnung im Erdgeschoss in der Schenkstraße 2.

Bei geistiger Frische des Geburtstagskindes erinnerten sich die Anwesenden an die geschichtliche Entwicklung ihrer Hauptanliegen. Natürlich an ihre SPD, der sie seit 52 Jahren die Treue hält und die sie bereits 1994 für ihr jahrzehntelanges Engagement mit der Verleihung der August-Bebel-Uhr würdigte.

Stadtrat Robert Thaler überbrachte die Glückwünsche des Kreisvorsitzenden Dieter Rosner und des Fraktionsvorsitzenden Florian Janik, aber auch von der Vorsitzenden im Distrikt Süd, Brigitte Rohr. Anhand des überreichten Bildbandes der Stadt Erlangen konnte so manche Erinnerung wieder wach gerufen werden. Noch immer trifft sich das älteste Mitglied der SPD Erlangen zwei Mal die Woche in der Geschäftsstelle der AWO Ost mit ihren Freundinnen zum Karteln und Plaudern. Und auch die Erläuterungen des DGB-Kreisvorsitzenden Wolfgang Niclas zu den aktuellem Themen und die Arbeit in der Gewerkschaft stoßen bei ihr auf starkes Interesse.

Neben den Glückwünschen der Stadt konnte sie aber auch eine ganze Reihe schriftlicher Glückwünsche u.a. vom langjährigen Landtagsabgeordneten Wolfgang Vogel in Empfang nehmen.

Herzliche Glückwünsche für Maria Schmeets zum 85. Geburtstag

Von Hildegard Gröger

„Erst“ seit 1975 ist Maria Schmeets Mitglied der SPD, aber für uns ist Maria „immer schon“ dabei. Energisch und phantasievoll hat sie zahlreiche Aktionen der Erlanger AsF mitgestaltet und geprägt. Sie gehört zur Frauenbewegung, ist im Wortsinn „bewegte Frau“.

Ihre Erfahrungen im Nationalsozialismus machten sie zur überzeugten Antifaschistin und Friedenskämpferin. Wenn ihre Kräfte es zuließen, würde sie in diesen Tagen sicher bei jeder Demo gegen die erschreckenden rechtsradikalen Umtriebe in unserem Land dabei sein.

Maria hat stets auf eindrucksvolle Weise aus persönlicher Erfahrung politische Erkenntnis gewonnen und diese in aktives Handeln umgesetzt.

Für ihr unermüdliches Wirken für Gleichstellung, Frieden und Gerechtigkeit hat der Kreisverband Erlangen Maria 2002 mit der August-Bebel ausgezeichnet.

Liebe Maria,
der Kreisverband und die AsF wünschen Dir alles erdenklich Gute zum 85. Geburtstag.

Jusos: Für soziale Gerechtigkeit! Keine unsoziale Tariferhöhung im ÖPNV

Die Jusos Erlangen lehnen eine außerordentliche Tariferhöhung der ÖPNV kategorisch ab. Insbesondere halten wir es nicht für hinnehmbar, dass gerade Azubis, Schüler und Hartz-IV-Empfänger die höheren Kosten ebenfalls mittragen müssen. Deswegen fordern die Jusos Erlangen die Einführung eines Sozialtickets, das sich nach der im Regelsatz vorgesehen Höhe von 18,41 Euro pro Monat richtet. Zudem darf der Preis des Schüler- und Azubi-Tickets auf keinen Fall steigen. Nur unter diesen Bedingungen halten wir eine Erhöhung der Preise, aufgrund der angespannten Haushaltslage, für hinnehmbar. Zwar ist zu begrüßen, dass das Semesterticket nicht teurer werden soll, vergleicht man allerdings die Preise mit denen anderer Universitätsstädte, ist das Semesterticket definitiv noch zu teuer.

Langfristig muss es das Ziel sein, eine tragfähige finanzielle Grundlage des ÖPNV anzustreben. Wir fordern deswegen die Stadt, aber v.a. den Freistaat und den Bund dazu auf, die öffentlichen Verkehrsmittel stärker zu fördern. Bundeskanzlerin Angela Merkel betont regelmäßig, wie wichtig der ÖPNV für die Öko-Wende ist. In Anbetracht dieser Aussage halten wir es für zynisch, wie die schwarz-gelbe Bundesregierung systematisch die Gelder für Kommunen, z.B. durch Steuersenkungen, kürzt und damit auch den ÖPNV finanziell schlechter stellt.

„Drucksache Bild" – Wolfgang Storz stellte die Bildstudie vor

Von Robert Sippl

Am Mittwoch, den 26.10.2011 stellte Wolfgang Storz auf Einladung der Juso-Hochschulgruppe Erlangen-Nürnberg sowie der Jusos Erlangen und der Jusos Nürnberg die von ihm zusammen mit Hans-Jürgen Arlt im Auftrag der Otto Brenner Stiftung verfasste Studie „Drucksache ‚Bild' – Eine Marke und ihre Mägde" vor, in der die Berichterstattung der BILD-Zeitung zur Griechenland- und Eurokrise im Jahr 2010 analysiert wird.

Nach einer kurzen Vorstellung des Autors durch Keno Kunkel referierte dieser die Grundmuster des Vorgehens der BILD-Zeitung, die sich durch die Reduzierung der komplexen politischen und ökonomischen Vorgänge auf eine einfache Botschaft („Der faule und korrupte Grieche will das Geld des fleißigen und ehrlichen deutschen Steuerzahlers"), die Arbeit mit Stereotypen, die Dominanz von Meinung statt Information sowie das Prinzip der Reizmaximierung charakterisieren lässt.

Wolfgang Storz während seines Vortrags

BILD, so die These der Studie, inszeniert dabei eine Kampagne, die in erster Linie dem eigenen Marketing und der Selbstdarstellung als Vertreterin der Interessen des deutschen Steuerzahlers dient. Damit sei sie nicht mehr im eigentlichen Sinne dem Journalismus zuzurechnen; vielmehr bestehe das Erfolgsmodell von BILD darin, als „Hybrid" die Grenzen zu überschreiten, die für den Journalismus gewöhnlich gelten. Die zugrundeliegende Motivation sieht der Autor weniger in konkreten politischen Zielen, sondern in dem Willen, die politische Agenda der Republik als Akteur mitzubestimmen. Die der BILD dadurch zukommende Rolle diene in erster Linie der Steigerung der Auflage.

Nicht übersehen werden sollte jedoch, so Wolfgang Storz, dass die BILD angesichts seit Jahren sinkender Auflagezahlen ein „Koloss auf tönernen Füßen" sei, deren immer noch erheblicher Erfolg weniger auf die politischen Kampagnen, sondern auf andere Bereiche (Sport, Regionalteile usw.) zurückgeführt werden muss.

Die anschließende etwa einstündige Diskussion mit dem Autor unter reger Beteiligung des Publikums wurde von Nasser Ahmed geleitet. Die Juso-Hochschulgruppe Erlangen-Nürnberg bedankt sich bei Wolfgang Storz und den Organisatoren der Veranstaltung für einen gelungenen Abend!

Weitere Informationen zur Studie finden sich unter http://www.bild-studie.de/. Die Studie selbst kann bei der Otto Brenner Stiftung (http://www.otto-brenner-shop.de/publikationen/obs-arbeitshefte/shop/drucksache-bild-eine-marke-und-ihre-maegde-ah-67.html) als pdf-Dokument heruntergeladen oder in der Printausgabe kostenlos bestellt werden.

Erlanger Jusos mit neuem Vorstand

Die Jusos im SPD-Kreisverband Erlangen haben auf ihrer Jahreshauptversammlung einen neuen Vorstand gewählt. Neuer Vorsitzender ist der 22-jährige Mathematik-Student Munib Agha. Er löst Carl Friedrich ab, der nicht mehr angetreten war. Zu seinen StellvertreterInnen wurden Katrin Hurle, Johanna Pfister, Paul Reckmann und Robert Sippl gewählt. Der neue Vorstand und das Plenum bedankten sich bei Carl für seine wichtige und gute Arbeit.

Der neue Vorstand der Erlanger Jusos mit dem Vorsitzenden der Nürnberger Jusos, Nasser Ahmed (links), dem Juso-Bezirksvorsitzenden Victor Strogies (rechts) und der stellvertretenden Juso-Landesvorsitzenden Stephanie Schäfer (zweite von rechts): (von links nach rechts) Katrin Hurle, Paul Reckmann, Munib Agha, Johanna Pfister und Robert Sippl

Für das kommende Arbeitsjahr setzen sich die Erlanger Jusos folgende thematische Schwerpunkte: Der Lobbyismus in Deutschland und dessen Auswirkungen auf das politische System sollen kritisch betrachtet werden, außerdem werden sich die JungsozialistInnen mit populären ökonomischen Irrtümern in der Wirtschaftspolitik auseinandersetzen, wie sie gerade im Zuge der aktuellen Debatte auftauchen. Darüber hinaus ist es beabsichtigt, sich mit der Situation sozialdemokratischer und sozialistischer Schwesterparteien in Europa zu beschäftigen, hierbei sollen auch aktiv Kontakte zu anderen Jugendorganisationen geknüpft und ausgebaut werden. Nicht zuletzt aufgrund der Katastrophe in Fukushima erscheint es zudem geboten, sich mit politischen Optionen auseinanderzusetzen, wie eine schnelle und soziale Energiewende gestaltet werden kann und die politischen Entscheidungsprozesse in diesem Sinne beeinflusst werden können.

Ein besonderer Schwerpunkt soll auf die Transparenz politischer Entscheidungen gelegt werden. Deswegen sind von nun an alle Vorstandssitzungen des Juso-Kreisverbandes öffentlich und werden entsprechend angekündigt

Die Jusos Erlangen freuen sich auf ein spannendes und chancenreiches Jahr und laden alle Interessierten zu ihren Sitzungen ein.

Klare Forderungen aber geringe Beteiligung beim Bildungsstreik!

Etwas enttäuschend war die Resonanz beim diesjährigen Bildungsstreik in Erlangen. Etwa 150 Protestierende versammelten sich am Hugo, etwa 100 von ihnen fuhren dann weiter zum Uni-Südgelände. Im Anschluss diskutierte eine Gruppe von 30 Aktiven im Kollegienhaus über Möglichkeiten des Protestes gegen die derzeitige Bildungspolitik.

Ehrungsveranstaltung für langjährige Mitglieder

Bei der diesjährigen Ehrungsveranstaltung für die langjährigen Mitglieder Ende November konnte die Erlanger SPD wieder eine große Zahl von Genossinnen und Genossen ehren. Im Novotel brachten kurze Einführungen jeweils die Jahre, in denen die Geehrten der Partei beigetreten sind, ins Gedächtnis zurück. Anschließend wurden den langjährigen Mitgliedern die Urkunden und Ehrennadeln für 65, 60, 50, 40, 25 und 10 Jahre Mitgliedschaft überreicht.

Regierung soll Kinderschutzgesetz verbessern

Finanzielle Ausstattung der Kommunen sichern

Von Marlene Rupprecht MdB
Betreuungsabgeordnete für den Wahlkreis Erlangen

Kindern und Jugendlichen ein gesundes Aufwachsen zu ermöglichen, ist Aufgabe der Eltern, aber auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Bund, Länder und Kommunen sind hier in gemeinsamer Verantwortung. Förderung und Prävention sind die besten Mittel, um Kinder und ihre Familien effektiv zu unterstützen und Kinder vor Gefährdungen zu schützen.

Nach dem tragischen Fall des zweieinhalbjährigen Kevin, der 2006 tot im Kühlschrank seines Stiefvaters gefunden wurde, sei viel für den Kinderschutz getan worden, sagte die Kinderbeauftragte der SPD-Fraktion Marlene Rupprecht. Bund und Länder haben eine Reihe von Gesetzesinitiativen auf den Weg gebracht. Dazu gehören beispielsweise das Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK), das Gesetz zur Erleichterung von familiengerichtlichen Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls, die Etablierung verbindlicher Einladungssysteme für Früherkennungsuntersuchungen, der Auf- und Ausbau von frühen Hilfen vor Ort, die Qualifizierung der Praxis in den Jugendämtern, die Einführung „insoweit erfahrener Fachkräfte“ im Kinderschutz vor Ort sowie die Umsetzung von entsprechenden Verfahren und Standards bei freien Trägern der Jugendhilfen.

Bild: Günter Havlena / pixelio.de

Marlene Rupprecht und SPD-Fraktion haben eigenen Entschließungsantrag eingebracht

Das Bundeskinderschutzgesetz der Bundesregierung geht nach Auffassung der SPD-Bundestagsfraktion in die richtige Richtung. Denn die Hilfenetzwerke vor Ort und die frühen Hilfen für Eltern sollen gestärkt werden. Dennoch haben sich die SPD-Abgeordneten bei der Abstimmung am 27. Oktober 2011 enthalten und einen Entschließungsantrag (Drs. 17/7529) eingebracht, der Punkte benennt, die zu verbessern und zu klären sein.

Der Kinderschutz, sagte Caren Marks dürfe nicht auf halber Strecke stehen bleiben und sei nicht zum Nulltarif zu haben. Die von Schwarz-Gelb geplanten Steuersenkungen würden Länder und Kommunen finanziell weiter in die Enge treiben. Wenn in den Städten und Gemeinden Hilfsangebote für Familien verbessert werden sollen, müsse die Finanzkraft der Kommunen gestärkt werden. Dafür solle sich Familienministerin Schröder endlich einsetzen.

Des Weiteren fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung unter anderem auf:

- Eine nationale Präventionsstrategie und ein bundesweites Präventionsgesetz zu implementieren.
- Gemeinsam mit den Ländern darauf hinzuwirken, dass bei der Aus- und Fortbildung von medizinischen Berufsgruppen, die regelmäßig mit Kindern und Jugendlichen Kontakt haben, das richtige Erkennen und angemessene Reagieren bei Verdachtsfällen von Kindesmisshandlung oder -vernachlässigung stärker berücksichtigt wird.
- Den Zeitraum, in dem die abrechenbaren Hausbesuche von Hebammen in Anspruch genommen werden können, auf die ersten sechs Lebensmonate des Kindes auszudehnen.
- Den bundesweiten Einsatz von Familienhebammen zu verbessern.
- Zu überprüfen, inwieweit die Regelung (§ 294a SGBV) eine Übermittlung der erforderlichen Daten aus der ambulanten und stationären Krankenbehandlung in Bezug auf Misshandlungs-, Missbrauchs- und Vernachlässigungsdiagnosen erschwert.
- Zu prüfen, wie Verfahren zu Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten für Kinder und Jugendliche weiter verbessert werden können und wie eine unbhängige Ombudschaft in der Jugendhilfe strukturell verankert werden kann.
- Zu prüfen, wie ein vorbehaltloser Rechtsanspruch auf Beratung für Kinder und Jugendliche realisiert werden kann.
- Regelungslücken hinsichtlich des Schutzes des Kindeswohls in Einrichtungen der Behindertenhilfe sowie in Unternehmen, die regelmäßig Kontakt mit Kindern und Jugendlichen haben (z.B. Anbieter von Kinder- und Jugendreisen) zu schließen.
- Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern.

Chancen auf Modernisierung der Abfallwirtschaft nicht genutzt

Schwarz-gelbes Gesetz gefährdet kommunale Abfallentsorgung

Von Marlene Rupprecht MdB
Betreuungsabgeordnete für den Wahlkreis Erlangen

Nach dem Prinzip der Daseinsvorsorge gehört der Hausmüll inklusive seiner wertvollen Teile in die Hände der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsunternehmen. Für sie entstehen mit dem neuen Gesetz Gefahren und Unwägbarkeiten. Erst am 20. Oktober legte Schwarz-Gelb nach vielfacher Kritik aus Kommunen und Landkreisen Kompromissvorschläge vor, die die Abfallsammlung durch private Entsorgungsunternehmen gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf einschränken sollen. Zwar stimmt hier die Richtung, aber die Kompromisse reichen nicht aus. Denn durch neue unbestimmte Rechtsbegriffe werden zusätzliche Unsicherheiten ausgelöst.

So ist die Gleichwertigkeitsklausel sehr problematisch. Danach soll eine Abfallsammlung durch ein privates Entsorgungsunternehmen zugelassen werden, wenn sie höherwertig ist. Dabei bleiben die Kriterien für die Höherwertigkeit unklar. So kann ein besserer Abholrhythmus oder ein besserer Service bei sonstiger Gleichwertigkeit dafür ausreichen, eine gewerbliche Sammlung zu zulassen. Da die Kommunen im Gegensatz zu den privaten Unternehmen verpflichtet sind, Abfälle zu entsorgen, können sich die gewerblichen Anbieter die Abfälle aussuchen, die sie entsorgen und die als Wertstoffe ihre Kassen klingen lassen. Auf den unrentablen Abfällen bleiben dann die öffentlich-rechtlichen Entsorger sitzen. Außer Acht gelassen wird dabei, ob das öffentlich-rechtliche Entsorgungsunternehmen durch gewerbliche Sammlungen in seinem Bestand gefährdet ist oder ob diese zu Gebührenerhöhungen führt. Die SPD-Fraktion rechnet damit, dass es durch die Gleichwertigkeitsklausel zu zahlreichen Gerichtsverfahren kommen wird.

Durch die Definition der gewerblichen Sammlungen in Paragraf 3 Absatz 18 des Gesetzes besteht im Zusammenhang mit der Gleichwertigkeitsklausel zudem die Gefahr, dass die Abfall-Aufgabe den Kommunen nicht mehr „eigentümlich und vorbehaltlos" zugeschrieben werden kann. Dadurch wären sie dann als umsatzsteuerpflichtige Betriebe gewerblicher Art einzustufen. Wenn die kommunalen Entsorger den vollen Mehrwertsteuersatz zahlen müssen, steigen auch die Abfallgebühren. Dieses Vorhaben hatten Union und FDP bereits in ihren Koalitionsvertrag geschrieben.

Bei der Gleichwertigkeitsklausel werden die Löhne und Gehälter der Beschäftigten nicht berücksichtigt werden. Es ist ein Unterschied, ob ein Müllwerker in einem Kommunalbetrieb einen ordentlichen Tariflohn bekommt oder in einem privaten Unternehmen für einen Mindestlohn von 8,33 Euro arbeitet und damit zusätzlich bei der Arge eine Aufstockung beantragen muss.

Auch aus ökologischer Sicht und im Hinblick auf den Ressourcenschutz ist das Gesetz eine Enttäuschung. Anstatt die fünfstufige Abfallhierarchie (Abfallvermeidung, Vorbereitung der Abfälle zur Wiederverwendung, Recycling, sonstige, insbesondere energetische Verwertung der Abfälle, Abfallbeseitigung) umzusetzen und das Recycling zu stärken, wird die dreistufige Abfallhierarchie fortgesetzt. Abfallvermeidung wird nur als Wort aufgenommen, gestärkt wird sie nicht. Die Recyclingquoten sollen auf ein Niveau angehoben werden, das längst in Deutschland erreicht ist. Höhere ambitionierte Quoten würden dem Ressourcenschutz dienen und den technischen Vorsprung der deutschen Recyclingwirtschaft sichern, doch diese Chancen hat die Regierung nicht genutzt.

Es wird höchste Zeit für ein Semesterticket!

Von Angelika Weikert MdL
Betreuungsabgeordnete für den Stimmkreis Erlangen

Seit vielen Jahren wird es politisch diskutiert, seit vielen Jahren tut sich allerdings auch nichts Konkretes. „Es ist und bleibt ein Armutszeugnis, dass es im Städtedreieck der Europäischen Metropolregion Nürnberg immer noch kein Semesterticket für Studierende gibt", kritisiert der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende in Nürnberger Rathaus Thorsten Brehm. Zusammen mit der Landtagsabgeordneten Angelika Weikert will Brehm eine neue Debatte anstoßen, die am Ende auch zu Ergebnissen führen soll. „Bremsklotz ist derzeit auch die Staatsregierung, deren zuständige Minister bisher eine Einführung aus rechtlichen Gründen ablehnen", weiß Weikert.

Zum Hintergrund: Die Staatsregierung hatte die vom VGN errechneten Kosten von knapp 90 Euro pro Semester für zu hoch empfunden. Eine entsprechende Modellrechnung wurde auf Basis eines Solidarmodells erstellt, bei dem alle Studierenden in einen Topf einzahlen und Anspruch auf ein Ticket haben. Ihre ablehnende Haltung begründet die Staatsregierung mit einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in einer ähnlichen Streitsache, bei dem Probleme mit Pflichtbeiträgen und deren Verhältnismäßigkeit gesehen wurden.

Mittlerweile gibt es in anderen Bundesländern aber Semestertickets, die sich in einer deutlich höheren Größenordnung bewegen. Der VGN hatte zuletzt in einer Presseerklärung die Beispiele Rhein-Main-Verkehrsverbund mit 155 Euro, Verkehrsverbund Rhein-Neckar mit 165 Euro und den Verkehrsverbund Stuttgart mit 179 Euro angeführt.

Brehm und Weikert haben deshalb an die zuständigen Ministerien geschrieben und bitten mit Nachdruck um eine Prüfung, ob die Rechtsauffassung der Staatsregierung nicht noch einmal überdacht werden könnte. „Es wäre angebracht, dass sich auch die Staatsregierung bemüht Lösungen aufzuzeigen und nicht nur Probleme beschreibt", wünschen sich die beiden SPD-Politiker abschließend und versprechen: „Wir bleiben dran am Thema!"

Demografischer Wandel – Regionen können EU-Gelder nutzen!

Plenum verabschiedet Initiativbericht zur Rolle der Strukturpolitik bei demografischen Fragen

Von Kerstin Westphal MdEP

Mitte November hat das Europaparlament in Straßburg den Initiativbericht der fränkischen SPD-Europaabgeordneten Kerstin Westphal zum demografischen Wandel mit großer Mehrheit angenommen. Dass das Thema zunehmend an Brisanz gewinnt, beweist auch der vor zwei Wochen vorgestellte Demografiebericht der Bundesregierung. Darin werden alarmierende Entwicklungen aufzeigt: Mit weniger Menschen und massiv veränderter Altersstruktur drohen negative Folgen für die Infrastruktur und für die Menschen in vielen Regionen. Es zeichnen sich Engpässe bei den Fachkräften und auch in den Bereichen Pflege und altersgerechtes Wohnen ab.

Kerstin Westphal dazu: „Der demografische Wandel ist eine Herausforderung für ganz Europa, die auch mit europäischen Fördermitteln angegangen werden kann. In der aktuellen Förderperiode stehen rund 30 Milliarden Euro aus europäischen Töpfen für Maßnahmen in diesem Bereich zur Verfügung – nicht zuletzt für den Ausbau seniorengerechter Infrastruktur, für altersgerechtes Wohnen oder für das Sozial-, Gesundheits- und Pflegewesen.“ Diese Mittel müssten, so die SPD-Abgeordnete, nach 2013 mindestens in gleicher Höhe zur Verfügung stehen.

Der Bericht der Sozialdemokratin schlägt sowohl Maßnahmen für ältere Menschen vor, als auch Hilfestellung für junge Menschen und Familien. Denn um die Abwanderung und somit die Entvölkerung ganzer Landstriche zu verhindern, müssten auch die ländlichen Regionen attraktiv für junge Menschen bleiben, nicht zuletzt was den Arbeitsmarkt angeht. Kerstin Westphal: „Die Forderung an die Regionen, für kostenlose Kinderbetreuung zu sorgen, wurde von der konservativ-liberalen Mehrheit im Ausschuss leider gestrichen. Das ist ein Wermutstropfen.“

Für die neue Förderperiode ab 2014 müsse das Thema „Demografie“ weiter in den Fokus der europäischen Regionalförderung rücken, damit die Gemeinden noch stärker als bisher von europäischen Fördergeldern profitieren können. Kerstin Westphal abschließend: „Wenn wir jetzt handeln, ist der demografische Wandel keine Gefahr, sondern eine Chance für die Gesellschaft!“

direkt GIRO

Das kostenlose* 0,-nlinebanking-Konto für Privatkunden mit persönlicher Beratung und Service.

Sicher. Stabil. Verlässlich.

Sparkasse Erlangen

*Das „direkt GIRO“ ist das kostenlose Online-Girokonto der Sparkasse Erlangen nur für Privatkunden: kein Grundpreis, kein Durchschnittsguthaben, kein Mindesteingang, keine Buchungspostenentgelte. Kostenlos in Deutschland Geld abheben an über 25.000 Geldautomaten der Sparkassenorganisation. Sämtliche Arbeiten zur Kontoumstellung erledigen wir gerne für Sie. Fragen Sie jetzt unsere Berater nach dem „direkt GIRO“ und unserem Finanzcheck. Weitere Informationen auch per Telefon: 09131 824-500 (Mo. - Fr. jeweils von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr) oder unter **www.sparkasse-erlangen.de**

10 Jahre Afghanistankrieg

Erklärung des Erlanger Bündnisses für den Frieden

Zehn Jahre nach der Invasion der NATO in Afghanistan ist das Scheitern der Militärs offenkundig. Dieser Krieg, der mit einer Lüge begann (Krieg gegen den internationalen Terror), wurde mit weiteren Lügen fortgeführt.

Die Zahl der Opfer kann nur geschätzt werden. Allein im Jahre 2010 sollen es über 2.770 Zivilisten gewesen sein, seit Kriegsbeginn insgesamt über 2.700 getötete und verwundete Soldaten. 60 Bundeswehrangehörige starben in diesem Zeitraum durch Kriegshandlungen, Unfälle und auch durch Selbstmorde.

Die Kosten dieses verbrecherischen Krieges sind enorm! Allein Deutschland musste das dreifache der ursprünglich angesetzten Summe aufbringen. Zu den 17 Mrd. Euro kommen wohl noch ca. 5 Mrd. bis zum avisierten Abzug 2014 hinzu. Die USA hat der Afghanistankrieg bisher ca. 450 Mrd. gekostet. Insgesamt haben die USA für den „Kampf gegen den Terror“ von 2001 bis heute ca. 3.700 Mrd., das sind 3,7 Billionen, ausgegeben – eine wahrlich unvorstellbare Summe!

Die Bilanz dieses Krieges unter dem Vorwand der „humanitären Intervention“ und des „Krieges gegen den Terror“ – in Wirklichkeit eines Krieges für wirtschaftliche und machtpolitische Interessen – ist fürchterlich: ständig steigende Opferzahlen (vor allem unter der Zivilbevölkerung), zigtausende Flüchtlinge und Vertriebene, die ungebrochene Macht der Drogenbarone, zerstörte Infrastruktur, massive Versorgungsprobleme der Bevölkerung, ein marodes Gesundheitssystem, wachsende Gewalt gegen Frauen und nicht zuletzt gravierende ökologische Schäden. Anstatt der logischen Konsequenz – Abzug der Truppen und massive Unterstützung eines Wiederaufbauprogrammes entsprechend der Wünsche der afghanischen Bevölkerung, kommt eine veränderte Kriegsstrategie zum Einsatz: verstärkter Einsatz von Geheimdienstaufklärung und von ferngesteuerten Drohnen, forcierter Aufbau der afghanischen Armee und die Verstärkung der zivil-militärischen Zusammenarbeit.

Das Scheitern auch dieser neuen Taktik ist vorhersehbar. Sie verlängert den Krieg und kostet weitere – vor allem zivile – Opfer.

- Der vermehrte Einsatz ferngesteuerter Waffen erhöht das Risiko von Irrtümern und damit wieder die Zahl ziviler Opfer, was der Akzeptanz der Bevölkerung natürlich äußerst abträglich ist.
- Die afghanische Armee ist schon jetzt durch Ineffizienz, Disziplinlosigkeit, hohen Analphabetenanteil und enormen Deserteurenzahlen sowie Korruption gekennzeichnet.
- Der Ausbau der „zivil-militärischen Zusammenarbeit“ bedeutet nichts anderes als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln und nimmt die erhöhte Gefährdung der entwicklungspolitischen Organisationen in Kauf.

Der aufwändige Ausbau der US-Airbase Bagram zu einem „unsinkbaren Stützpunkt“, zu einer rigoros gesicherten Militär-City, ist auch bezeichnend für den „Abzugswillen“ der USA. Derzeit laufen Verhandlungen über eine Stationierung von 25.000 US-Soldaten bis 2024! Natürlich kann niemand vorhersehen, wie sich das geschundene Land nach Abzug der fremden Militärs entwickelt.

Der Krieg der NATO aber und die Besatzung durch fremdes Militär verhindern jede demokratische und zivile Entwicklung. Erst wenn das Militär abgezogen ist, werden zivile Hilfen und Unterstützung beim wirtschaftlichen Aufbau in nennenswertem Umfang geleistet werden können.

Die Friedensbewegung fordert als ersten Schritt die Beendigung aller Kampfhandlungen durch einen Waffenstillstand. Verhandlungen zwischen allen relevanten Gruppierungen ohne Vorgaben durch die Besatzungsmächte sollten dann folgen. Dem anschließenden Abzug aller fremden Militärs kann dann erst die Selbstbestimmung des afghanischen Volkes in einer Dschirga erfolgen – so kompliziert und u.U. auch weiterhin blutig dieser Weg sein mag.

Ein Leitmotiv des dann folgenden Wiederaufbaus könnte die Unterstützung vielfältiger, insbesondere dezentraler Projekte sein.

Es ist sicherlich lohnend, sich für diese Ziele und Visionen zu engagieren – gerade auch im Protest gegen die Besatzungs- und Kriegspolitik, die auf dem Petersberg-II-Gipfel in Bonn im Dezember gefeiert werden soll.

Das „Erlanger Bündnis für den Frieden“ ruft zur Teilnahme an der Demonstration, zur internationalen Anti-Kriegskonferenz und zu weiteren Protestaktionen in Bonn am 3. bis 5. Dezember 2011 auf. Busse nach Bonn werden auch von Erlangen aus fahren.

Informationen unter www.afghanistan-protest.de

Kundgebung gegen Neo-Nazi-Terror

Von Marius
Mitglied im Bürgerforum Gräfenberg

Am 19.11.2011 fand auf dem Hugenottenplatz in Erlangen eine Kundgebung gegen Neonazi-Terror statt. Unter den Eindruck der aktuellen Ereignissen wurde von Habib Bektas, Dieter Domabil (IGM-Mitglied), Hajo Ehnes (Mitglied ver.di-Ortsvorstand Erlangen), Manfred Kirscher (Sprecher des Erlanger Friedensbündnisses) und Werner Lutz (VVN Erlangen) diese Kundgebung organisiert. Der SPD-Kreisvorstand Erlangen unterstützte die Veranstaltung und rief zur Teilnahme auf. Trotz der äußerst kurzen Mobilisierungszeit fanden sich zahlreiche Menschen ein, um ihre Stimme gegen neonazistische Umtriebe zu erheben und um auf die strukturellen Probleme in unserem politischen System hinzuweisen. Auch die SPD Erlangen und die Jusos waren sehr gut vertreten. Die Kundgebung war ein großer Erfolg und die verschiedenen Redebeiträge ergaben ein stimmiges Bild hinsichtlich zukünftiger Kooperationsmöglichkeiten. Aus den Reihen der Jusos Erlangen steuerte Marius, als Vertreter des Bürgerforums Gräfenberg, eine Rede bei, die wir euch gerne zukommen lassen:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten,
herzlichen Dank, dass Sie heute den Weg hierher gefunden haben, dass sie diesen Protest unterstützen. Mein Name ist Marius, ich bin Mitglied des Bürgerforums Gräfenberg und wurde gebeten hier ein paar Worte zu sagen. Ich muss hier wohl erst einmal klarstellen, dass das Bürgerforum nicht der Anmelder dieser Kundgebung ist und auch die Organisation nicht bei uns liegt. Hierfür möchte ich mich ganz herzlich bei Werner Lutz bedanken! Ich bin aber sehr froh, dass wir hier kurz sprechen können.

Also: Keine Angst: Das hier ist keine Demo des Bürgerforums Gräfenberg – sie müssen nicht damit rechnen, dass sie ab heute alle zwei Wochen einen Nazi-Aufmarsch haben.

So wie es den anderen Rednern sicherlich auch gehen wird, weiß ich kaum was ich sagen soll. Über Jahre war es Neonazis möglich, gezielt Morde durchzuführen. Es ist schockierend, dass sämtliche Ermittlungsbehörden dabei vollkommen versagt haben. Aber: Worüber wundern wir uns gerade? Es wird von einer neuen Dimension gesprochen, aber wo genau ist diese neue Dimension?

Es wurden Menschen durch Neonazis ermordet. Es wurden seit 1990 über 150 Menschen von Neonazis ermordet! Es gab Bombenanschläge, wie das Oktoberfest-Attentat. In München wurde ein neonazistischer Anschlag auf die Grundsteinlegung der Synagoge verhindert.

Ich bin schockiert, dass eine Nazi-Bande mordend durch das Land ziehen kann, aber eine fundamental neue Dimension kann ich hierbei nicht wahrnehmen.

Leider sind auch die Reflexe immer wieder die gleichen: Ein NPD-Verbot wird gefordert. Wofür es sicherlich sehr gute Argumente dafür und dagegen gibt. Aber an dieser Stelle ist so eine Debatte nicht zielführend.

Wir brauchen keine Verbotsdebatte, wir brauchen eine öffentliche Debatte über den Rassismus in diesem Land, oder allgemein über die Menschenfeindlichkeit. Es sind nicht nur MigrantInnen die Opfer rechter Gewalt werden!

Wir brauchen keine zusätzliche Datenspeicherung, wir müssen die aktuellen Strukturen hinterfragen. Ob V-Männer noch einen Sinn haben, ob sie überhaupt je einen hatten. Das sind keine Beamten! Das sind Nazis, die Geld bekommen!

Wir brauchen eine demokratische Kontrolle des Verfassungsschutzes. Diese ist im Moment nicht gewährleistet!

Diese Kundgebung kann auch für die Region nur ein erster Schritt sein. Wir müssen an dieser Stelle Druck auf die Politik ausüben, denn ansonsten werden sämtliche Bemühungen im Sand verlaufen. Eigentlich müssen wir hier jede Woche stehen und unsere Meinung kundtun, bis endlich was passiert.

Erinnern sie sich an die Aussagen des Ministerpräsidenten in Norwegen: Unsere Antwort lautet mehr Demokratie! Mehr Freiheit! Wir müssen für die positiven Werte einstehen und endlich über die Menschenfeindlichkeit in diesem Land sprechen!

Als Ausblick verweise ich noch auf einen Liedtext einer Neonazi-Band. Wie ist danach erklärbar, dass man in diese Richtung nicht weiter ermittelt hat?

> *„Neun mal hat er es jetzt schon getan. Die SoKo Bosporus, sie schlägt Alarm. Die Ermittler stehen unter Strom. Eine blutige Spur und keiner stoppt das Phantom. Sie drehen durch, weil man ihn nicht findet. Er kommt, er tötet und er verschwindet. Spannender als jeder Thriller, sie jagen den Döner-Killer. [...]*
> *Am Dönerstand herrschen Angst und Schrecken. Kommt er vorbei, müssen sie verrecken. Kein Fingerabdruck, keine DNA. Er kommt aus dem Nichts – doch plötzlich ist er da.[...]*
> *Bei allen Kebabs herrschen Angst und Schrecken. Der Döner bleibt im Halse stecken, denn er kommt gerne spontan zu Besuch, am Dönerstand, denn neun sind nicht genug.“*

(Gigi und die braunen Stadtmusikanten: „Dönerkiller“, 2010) (Quelle: www.publikative.org)

Aufbruch! Nicht einfach „weiter so“!

Impressionen und Gedanken der Jusos Erlangen zum Vortrag von Andrea Ypsilanti in Nürnberg

Von Marius Köster

Am Samstag, den 5. November machte sich eine Delegation der Jusos Erlangen und Mitglieder des Linken Forums Mittelfranken auf den Weg nach Nürnberg in die Villa Leon. Dorthin hatten das Linke Forum Mittelfranken, die Jusos Mittelfranken und der SPD-OV Leonhardt-Schweinau zu einer Diskussion mit Andrea Ypsilanti eingeladen. Die Mitbegründerin des Instituts Solidarische Moderne und aktuelles Mitglied des hessischen Landtags wollte, ausgehend vom Einladungstitel „Aufbruch oder Weiter so? – Aufgaben und Perspektiven sozialdemokratischer Politik“, mit uns zusammen Probleme und Chancen der Sozialdemokratie diskutieren.

Trotz einiger parallel stattfindender Veranstaltungen war die Villa Leon gut gefüllt. Nach einem einleitenden Impulsreferat durch Andrea begann eine intensive Diskussion. Anstatt nun en détail den gesamten Nachmittag zu reproduzieren, möchten wir versuchen unsere eigenen Gedanken einzubringen, um vielleicht sogar erste Schritte auf dem Weg zu einer „Erneuerung oder Renaissance der Sozialdemokratie“ zu gelangen. Denn für uns ist zumindest eines klar: Ein einfaches „weiter so“ kann und darf es nicht geben!

Andrea Ypsilaniti während der Diskussion mit dem Juso-Bezirksvorsitzenden Victor Strogies, Christofer Zwanzig und Dr. Helmut Pfister vom Linken Forum in der SPD Mittelfranken

1. Beschreibung der krisenhaften Zustände

Der erste Schritt zu einer Erneuerung der Sozialdemokratie liegt in der umfassenden Beschreibung der krisenhaften und prekären Zustände. Viele Menschen in diesem Land, in Europa und in anderen Staaten hätten ein grundsätzliches „Bauchgefühl“, dass es nicht so weiter gehen könne. Zuerst müssen wir uns also darauf verständigen, welche Probleme und Fehlentwicklungen es gibt. Doch gerade die „Ohnmacht gegenüber dem System“ und seinen Zwängen schreckt viele Leute schon davon ab, diesen ersten Schritt zu gehen. Aus diesem Grund müssen wir beispielhaft voran schreiten, und ungeschönt die Dinge beim Namen nennen, auch und gerade wenn wir dabei eingestehen müssen, dass unsere Partei für einige Probleme mitverantwortlich ist. An dieser Stelle kann die Darstellung der Defizite gar nicht umfassend oder abschließend erfolgen, wir alle sind dazu angehalten, uns gegenseitig über Missstände auszutauschen, die wir in unserer Umgebung wahrnehmen. Ob es sich hierbei um den absurden Leistungsdruck in unserem Bildungssystem, die Entsolidarisierung der Sozialsysteme, die unsoziale Erhöhung der Mobilitätskosten, die Ungleichverteilung des Wohlstandes oder die Aushebelung der demokratischen Legitimation durch Lobbyismus und Korruption handelt, ist irrelevant. Wir müssen diese Zustände ungeschönt beschreiben, um in einem nächsten Schritt eine umfassende Analyse voran zu bringen.

2. Analyse

Wenn wir uns alle zehn Minuten Zeit nehmen würden, um aus dem Kopf heraus Zustände zu beschreiben, bei denen wir uns denken „hier läuft etwas nicht richtig“, würden wir wohl alle leicht eine Seite füllen können. Nach dem Austausch über die einzelne Punkte muss eine Kategorisierung und Analyse erfolgen, um zu erkennen, warum es zu gewissen Problemen kommt, worin die Ursachen für Fehlentwicklungen liegen, welche Akteure daran beteiligt sind und welche Interessen bedient werden. Andrea sprach hierbei eine der unangenehmen Wahrheiten aus, um die sich aber, auch in unserer Partei, viele drücken. Die Hegemonie der neoliberalen Ideologie hat auch die Sozialdemokratie beeinflusst und diese sogar vor sich hergetrieben. Wir stehen nicht nur vor einer „Staatsschuldenkrise“, wir müssen auch nicht nur einer Finanz- und Wirtschaftskrise in die Augen blicken. Wir haben eine Klimakrise, eine Ressourcenkrise, eine Bildungskrise und eine politische Krise, die mittlerweile „demokratiegefährdend“ sei. Letztendlich handelt es sich um eine Systemkrise, die sämtliche Bereiche unseres Gemeinwesens umfasst, die sich auf sämtliche Ebenen erstreckt und die daher auch nicht nur mit dem „Drehen an Schräubchen“ zu überwinden ist. Der Kapitalismus und der Neoliberalismus sind gescheitert, beweisen das immer wieder aufs Neue und wurden letztendlich mit öffentlichen Steuermitteln gerettet, so Andrea in ihrer Analyse.

3. Handlungsoptionen

Der entscheidende Schritt, den wir vollziehen müssen, nachdem wir eine Beschreibung und Analyse der Zustände erreicht haben, ist die Entwicklung von Handlungsperspektiven. Die Menschen merken, dass wir im Moment keine Antworten haben, wir müssen, so Andrea, „wieder Geschichten erzählen“. Wir müssen Utopien erträumen, Visionen denken, ein Gesamtkonzept entwickeln und eine Geschichte erzählen. Die Sozialdemokratie hat eine Geschichte zu erzählen, aber im kantigen und rauen politischen Prozess sind uns unsere Ideale und Visionen abhanden gekommen. Was bedeutet für uns Sozialdemokratie

und wo steht hierbei die SPD? Freiheit, Gleichheit, Solidarität! Das sind die Kernthemen unserer Geschichte, aber auch Internationalismus, Friedenspolitik, Feminismus und Antifaschismus gehören zu dieser Geschichte dazu. Hierfür brauchen wir auch innerhalb der Partei eine „neue Phase der Aufklärung". Bei der Entwicklung dieser Geschichte, der großen Vision und den einzelnen Handlungsoptionen, sollten wir auch, nach Andreas Meinung, den Schulterschluss mit anderen linken Gruppen und Oragnisationen suchen, die bereit sind, diesen Weg mitzugehen und mitzugestalten. Einige Ansätze hierfür, die in der Diskussion in Nürnberg angeführt wurden, sind die Redemokratisierung der politischen Institutionen, eine Rückkehr zum Primat der Politik, eine Verbesserung der Teilhabe am politischen System, die Dezentralisierung der Energieversorgung, die Solidarisierung und Demokratisierung von Arbeitsverhältnissen, eine Neudefinition des Leistungsgedanken und der Wertigkeit von Arbeit. Doch sind dies nur Schlüsselbegriffe, die von uns vor Ort mit Leben gefüllt werden müssen.

4. Erzählen der Geschichte

Denn schließlich müssen wir unsere Geschichte erzählen, um die Menschen innerhalb der Partei und in diesem Land zu überzeugen. Sie davon zu überzeugen, dass wir eine Vision haben, Antworten besitzen und einen Aufbruch wagen wollen. Jede/r Einzelne von uns muss diese Geschichte erzählen, bei der Arbeit, im Freundeskreis, auf der Straße und auch bei Wahlkampfveranstaltungen. Wir müssen glaubhaft vermitteln können, dass es mit uns kein „weiter so" geben wird und hierzu könnten auch personalpolitische Entscheidungen und Umbrüche notwendig sein. Wir müssen die Menschen von der Glaubwürdigkeit unserer Geschichte überzeugen und hierzu benötigen wir glaubhafte „Geschichtenerzähler". Ob die Menschen glaubhaft einen Aufbruch vermitteln können, die vorher ein „weiter so!" gepredigt haben, sollte hierbei sehr kritisch hinterfragt werden.

Die Jusos Erlangen wollen jedenfalls ihren Teil dazu beitragen, um die Geschichte der Sozialdemokratie neu zu erzählen und damit einen Anstoß zu einer Renaissance der Sozialdemokratie und zu einer Neuorientierung der SPD zu geben. Ein „weiter so" wäre fatal und würde das krisenhafte System lediglich auf unbestimmte Zeit provisorisch absichern. Eine Verbesserung und grundlegende Veränderung ist aber nur mit einem visionären Aufbruch möglich. Wir müssen Antworten und Handlungsoption entwickeln, um diesen Zuständen und den dahinterstehenden Krisen begegnen zu können, da diese Probleme ansonsten eine zentrifugale Kraft auf unsere Gesellschaft entwickeln werden.

Ganz herzlich möchten wir uns bei Andrea und den OrganisatorInnen für diese so wichtige und ermutigende Veranstaltung bedanken! Der sonnige und bereichernde Tag wurde nur von der Club-Niederlage leicht überschattet. Wir hoffen, dass Andrea bei ihrem nächsten Besuch in Franken nicht nur Lebkuchen, sondern auch drei Punkte mitnehmen kann.

Bürgerentscheid zum Gewerbegebiet G6: Rückblick, Ausblick, Konsequenzen

Von Rolf Schowalter
Vorsitzender des Distrikts Tennenlohe

Die Entscheidung ist gefallen. In einem grandiosen Zusammenspiel der Tennenloher Initiative, der Partner des Aktionsbündnisses, der betroffenen Bevölkerung, d.h. der Tennenloher (und auch Eltersdorfer), die all ihre Bekannten mobilisiert hatten, ist das gelungen, was nicht erwartet worden war, was der OB und Lars Kittel, der Initiator des Bürgerentscheids, sich nicht hatten vorstellen können: das G6 wurde von der Mehrheit der Abstimmenden (53,6 Prozent) abgelehnt. Mit 11,63 Prozent Nein-Stimmen der wahlberechtigten Erlanger Bevölkerung war auch das Quorum von mindestens 10 Prozent erreicht, was bedeutet, dass der Bürgerentscheid gültig ist. Sogar ohne Tennenlohe wäre die Mehrheit gegen das G6, wenn auch nicht das Quorum, erreicht worden.

Rolle der SPD: 1.Dialog

Die Erlanger SPD-Kreisverband und die SPD-Fraktion haben in diesem Verfahren eine entscheidende Rolle gespielt. Sie haben sich in einer eigens angesetzten KMV (21. Januar 2010) in einen Dialog mit einem Distrikt, dem aus Tennenlohe, eingelassen, zugehört und Argumente aufgenommen, was alleine schon lobenswert ist. Die Argumente wurden von der Fraktion dem Stadtplanungsamt zur Stellungnahme vorgelegt und auch entsprechend beantwortet. Diese Antworten waren aus unserer Sicht allerdings äußerst mangelhaft, wurden aber von der Fraktion aus unerfindlichen Gründen akzeptiert.

2. Überprüfungsantrag

Ein zweiter wichtiger Schritt: die Fraktion hat nach der abschlägigen Abstimmung im UVPA auf unser Drängen hin einen Überprüfungsantrag gestellt, d.h. über das G 6 sollte im Stadtrat entschieden werden, wo ggf. andere Mehrheitsverhältnisse hätten entstehen können, was dann auch der Fall war.

3. KMV-Entscheidung als Konfliktregelungsmechanismus

Der dritte Schritt: Zwischen Fraktion und Distrikt bzw. BI gab es einen erheblichen Dissens bei der Bewertung der Antworten der Stadtverwaltung auf die Einwände von Fraktion und Tennenloher Distrikt bzw. Initiative. Während die Fraktion (s.o.) recht zufrieden war, war aus unserer Sicht die Bearbeitung der Argumente schlampig, unsachgemäß, ging zum Teil an der Fragestellung vorbei, was genau die Arroganz und Einstellung des damaligen Stadtplanungsreferenten widergespiegelt hat, kurz: Es war absolut unannehmbar. Dieser erneute Konflikt wurde durch einen Verfahrensvorschlag von Florian Janik

dahingehend entschärft, dass nach seinem Vorschlag die KMV über das weitere Vorgehen entscheiden sollte. Am 16. September 2010 in Tennenlohe in der Sportgaststätte „Zur Wied“ haben sich zwei Drittel der anwesenden Mitglieder unserer Meinung angeschlossen, dass die Antworten der Stadtverwaltung untragbar seien, und die Fraktion wurde beauftragt, gegen das G6 zu stimmen.

4. Ausarbeitung der sogenannten „Unterrichtung“

Die Verwaltung hatte zusammen mit den Wahlbenachrichtigungen eine sog. Unterrichtung versandt, die 3 Seiten umfasste und in 2 Spalten abgefasst war. Es war das Ergebnis eines sich über 5 Wochen hinziehenden zähen Ringens mit der Verwaltung um Formulierungen, bis wenigstens einigermaßen Ausgewogenheit hergestellt werden konnte und unsere Darstellung mit einigen allerdings gravierenden Abstrichen mit aufgenommen worden war. Dabei fand eine exzellente Zusammenarbeit zwischen Distrikt bzw. BI und Fraktion statt, wobei insgesamt nicht zu verkennen war, dass man in der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe dafür gesorgt hat, dass wir nicht zu großen Raum erhielten.

Die Rolle des Aktionsbündnisses

Das Aktionsbündnis wurde Ende Juli gegründet, wobei alle Mitglieder der Initiative sowie Vertreter der SPD (Andreas Richter), der Grünen Liste bzw. Bündnis 90/Die Grünen (Harald Bußmann), der Erlanger Linken (Eckart Wangerin, Claudia Bittner), der ödp (Frank Höppel), des LBV (Bianca Fuchs) und Barbara Grille als Tennenloher Stadträtin sich zu einem schlagkräftigen Team zusammengeschlossen haben. Da wir uns bereits im Vorfeld der G6-Entscheidung seit Mai 2009 mit allen Beteiligten (außer LBV) im Dialog befanden, mussten wir nur die Kooperation in eine andere Form überführen. Es war sehr beeindruckend, mit welcher Intensität die Zusammenarbeit sich entwickelte und wie jeder und jede mit entsprechenden Fähigkeiten sich in das Team eingebracht hat. Manche Schwierigkeiten schienen anfangs unüberwindlich. Niemand von uns hatte jemals einen Flyer erstellt, niemand die einigermaßen flächendeckende Verteilung von 50.000 Flyern im Stadtgebiet organisiert, niemand 300 Plakattafeln herbeigeschafft, aufgestellt und beklebt. Manchmal kam uns der Zufall dann zur Hilfe, als wir gedacht hatten, wir sind zu spät dran. Dass der Flyer der Gegenseite vor unserem erstellt worden war, gab uns die Gelegenheit, darauf zu reagieren. Dass unsere Homepage erst drei Tage nach derjenigen der Gegenseite freigeschaltet werden konnte, hat uns einen extra Artikel in den Erlanger Nachrichten eingebracht.

Zwei Personen sollen hier besonders hervorgehoben werden: Wolfgang Most, der Geschäftsführer der Grünen Liste, hat das professionelle Layout für die Plakate und für den Flyer übernommen und uns damit einen unschätzbaren Dienst erwiesen und Gert Büttner, der erst im Juni zur Initiative gestoßen war, hat den Aufbau und die Betreuung der Homepage übernommen. Ohne diese beiden wären wir verloren gewesen. Dank auch an alle, die uns unterstützt haben, die verteilt, gespendet, Gespräche geführt haben. Das Ergebnis des Bürgerentscheids war einem funktionierenden Netzwerk zu verdanken.

Die Erlanger Nachrichten

Es ist wohl nicht verborgen geblieben, dass uns die Erlanger Nachrichten sehr wohlwollend begleitet haben und über jede unserer Aktionen (Unterschriftenübergabe, Ortsrundgänge mit ödp, BN, der Linken, Entscheidungen und Nicht-Entscheidungen im Stadtrat und in der SPD etc.) berichtet haben. Außerdem gab es Leserbriefe, Interviews, manchmal punktgenau zum absolut richtigen Zeitpunkt veröffentlicht. Wir haben auf einen guten Kontakt zur EN immer Wert gelegt und für einen durchgehenden Informationsfluss gesorgt.

Konsequenzen

Meiner Meinung nach können aus den Erfahrungen der Aktionen gegen G6 eine Reihe von Konsequenzen für die Binnenstruktur und die Außenwirkung der Erlanger SPD gezogen werden:

1. „Mehr Demokratie wagen“ (Willy Brandt): Mehr Basisdemokratie. Es wäre notwendig, dass Kreisverband und Fraktion sich in einen intensiveren Dialog mit den Distrikten begeben und im Kreisverband und mit der Fraktion ausgewählte stadtteilbezogene bzw. kommunale Themen (auch kontrovers) diskutiert werden. KV und Fraktion stehen sonst in der Gefahr, sich von der Basis zu entfernen.
2. Respektvoller Umgang miteinander: In einer lebendigen Partei wird kontrovers diskutiert, was einen respektvollen Umgang miteinander voraussetzt (so geschehen bei der Auseinandersetzung um das G6). Es darf nicht sein, dass andere Meinungen diffamiert werden.
3. Verbindlichkeit von Entscheidungen: Wenn nach kontroversen Diskussionen Entscheidungen gefallen sind, muss die Partei diese Entscheidungen nach außen tragen. Es geht nicht an, dass die Unterlegenen ihre Meinungen weiterhin propagieren. Demokratie beruht auf Mehrheitsentscheidungen und wenn man die Grundlagen der Demokratie akzeptiert, muss man dies auch konsequent umsetzen. Das erfordert ggf. eine persönliche Unterordnung. Nur

eine nach außen geschlossen auftretende Partei kann Wirkung entfalten.

4. Öffentlichkeitsarbeit: Es bedarf einer völligen Neuausrichtung und Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit. Dazu gehört eine aktive Informationspolitik und nicht nur eine sporadische Weitergabe von Informationen.
5. Fraktion und Verwaltung: Die Fraktion darf sich von der Verwaltung nicht alles bieten lassen und muss sorgfältiger und genauer die Vorlagen unter die Lupe nehmen, darf sich nicht scheuen, wo berechtigt, auch massive Kritik zu üben. Florian Janik hat das vor kurzem auch getan und dies, wie die EN berichteten, gegen alle bisherigen Gepflogenheiten.
6. Die Fraktion sollte auch mit den kleineren Parteien im Stadtrat sowie den Einzelstadträtinnen in einen intensiveren und kontinuierlichen Dialog treten. Nur so sind Mehrheiten organisierbar. Die Fraktionen von CSU und FDP verfügen nicht mehr über die Mehrheit.

In diesem Sinne könnte und sollte die in der SPD vorbildlich durchgeführte Konfliktlösung bei der Kontroverse um das Gewerbegebiet G6 in Tennenlohe weitreichende Folgen für eine innerparteiliche Neujustierung bekommen. Auch die Fraktion könnte davon profitieren.

Energiewende – bitte schneller und wirksamer

Von Hannes Allabauer

1. Möglichkeiten

Der CO_2-Anstieg in der Atmosphäre hat durch mehr Kohlekraftwerke in Indien und China ein erschreckendes Ausmaß angenommen: plus 6 Prozent 2010.[1] Der Atomausstieg rückt näher. Die Energieträger aus den regenerativen „Vorräten" der Natur dienen als Ersatz. Den Binnenanteil von Wind, Wasser, Sonne, Erdwärme und Biomasse am Stromverbrauch will die Bundesregierung bis 2020 auf 30 Prozent verdoppeln. Deutschland machte einen großen Schritt auf dem Weg zur Ökonation: Im ersten Halbjahr 2011 stammten mehr als 20 Prozent des gewonnenen Stroms aus grüner Energie – so viel wie nie. Laut einer Umfrage steht die Mehrheit der Bürger hinter der Energiewende. Vor allem die Windkraft trägt in großem Stil zur Ökowende bei. In den ersten sechs Monaten 2011 stammte die Stromproduktion den Verbandsangaben zufolge von diesen Energieträgern:

- zu 7,5 Prozent aus der Windkraft,
- zu 5,6 Prozent aus Biomasse,
- zu 3,5 Prozent aus Photovoltaik,
- zu 3,3 Prozent aus Wasserkraft
- und zu 0,8 Prozent aus Müllkraftwerken und sonstigen Quellen.

Dank des sonnenreichen und trockenen Frühjahrs hat die Solarenergie damit erstmals die Wasserkraft vom dritten Platz verdrängt.[2] Die regenerativen Energien haben aber auch Schattenseiten.

1. Windkraft: Sie ist die klare Nummer eins unter den erneuerbaren Energien in Deutschland. Doch auch diese angeblich so sanfte Energie hat ihren Preis: Nachbarn klagen über „den Schattenwurf und Lärm der Rotorblätter". Schatten tritt je nach Sonnenstand nur zu einigen Stunden im Jahr auf und das Laufgeräusch ist bei den neuen Anlagen (gekrümmte Blätter) stark gemindert. Doch Windräder haben einen vergleichsweise hohen Wirkungsgrad zwischen 70 und 85 Prozent. Windräder und Photovoltaikanlagen sind als Energiequellen so „einfach" wie die klappernde Mühle am rauschenden Bach – die Akzeptanz ist aber oft fraglich und ändert sich deutlich, wenn die Anlieger Miteigentümer der Anlagen werden. Die Verhältnismäßigkeit zum Verkehrslärm wird allgemein ignoriert! Notwendig sind die Windkraftanlagen allemal, wenn wir hinreichend schnell auf regenerative Stromerzeugung umsteigen wollen. Umsonst gibt es leider nichts. Immerhin müssen laut Gesetz die Anlagen mehr als 800 Meter Abstand von Wohnhäusern haben – dies gilt heute als ausreichend. Dann erscheinen sie bei einer Gesamthöhe von ca. 200 Meter (bzw. 250 Metern) unter einem Sehwinkel von 14 Grad (bzw. 17,3 Grad) gerade einmal so wie ein Hochspannungsmast von 20 Metern Höhe in 80 Metern Entfernung. Akzeptanz finden Windräder eher, wenn sie weit weg von der Wohnbebauung sind. Sie zeigen auch das Handeln nach dem „Prinzip Sankt Florian": Viele Windräder weit weg benötigen starke Stromleitungen von weit her! Ansonsten ist schon auch zu überlegen, ob gegebenenfalls andere Rotorformen genügen – wenn auch mit geringerem Wirkungsgrad.

2. Biogas: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist für die Verstromung von Biomasse für Energiewirte finanziell eine feine Sache. Sie erhalten eine garantierte Einspeisevergütung von rund 11 Cent pro Kilowattstunde Strom und andere Förderungen von nochmals 10 Cent/kWh. Doch unproblematisch ist auch diese Technologie nicht mehr. Es kommt in einigen Ländern bereits zu einer Verknappung von Nahrungsmitteln, weil immer mehr Agrarflächen für den reinen Anbau von Biomasse wie Mais verwendet werden. Bei uns führt die übertriebene Förderung zur weitläufigen Naturzerstörung durch Monokultueren mit Pestizideinsatz. Zudem ist die CO_2-Bilanz bei den meisten Anlagen wegen der mangelnden Wärmenutzung negativ. Biogasanlagen sollten in Zukunft nur mit Reststoffen betrieben werden.

3. Photovoltaik: Die Gewinnung von Strom aus Sonne gilt als saubere Energie. Seit 2004 hat sich die Produktion von Solarzellen in Deutschland vervierfacht, bringt aber bisher insgesamt nur 3 bis 4 Prozent am gesamten Stromverbrauch. Im Vergleich zu Wasser- und Windkraft ist Solarstrom in unseren Breitengraden immer noch teuer. Photovoltaikzellen erzielen einen Wirkungsgrad von durchschnittlich 10 bis 15 Prozent gegenüber nur knapp 1 Prozent bei der Erzeugung von Biomasse. Photovoltaik wäre eine ideale Stromquelle, weil sie dann am meisten Strom liefert, wenn unser Bedarf am höchsten ist – nämlich mittags. Die energetische Amortisationsdauer geht (je nach Herstellung) von maximal

1 Der Spiegel online, 4.11.2011 „Klimawandel/ CO2-Statistik, Erderwärmung"
2 Der Spiegel online, 29.8.2011 „Energiewende/ Deutschland schafft Ökostrom-Rekord"

4 bis gegen 1 Jahr herunter, was im Übrigen kein AKW oder klassisches Kraftwerk wegen seines ständigen Brennstoffbedarfs schafft. Die finanzielle Amortisationszeit liegt heute noch bei etwa 15 Jahren.

4. Wasserkraft: Sie steht 24 Stunden fast das ganze Jahr zur Verfügung und kann anders als Wind- und Sonnenenergie zum Speichern genutzt werden. Diese Energieform gilt als ökologisch unbedenklich trotz der teilweise erheblichen Eingriffe in die Landschaft und Mangel an Sauerstoff im gestauten Wasser. Zur Stromerzeugung in Deutschland leisten Wasserkraftanlagen einen Beitrag von derzeit 3,3 Prozent. Neue Standorte mit wesentlicher Leistung gibt es kaum noch.

5. Geothermie: Wie Sonne und Wind verursacht auch Erdwärme kein Kohlendioxid, ist unerschöpflich und gratis. Als Heizenergie ist die Geothermie mit Schwierigkeiten auf dem Vormarsch, aber für die Stromproduktion wenig nützlich. Bekanntes Risiko: In vulkanisch geprägten Gegenden wie dem Rheingraben können Bohrungen Erdabsenkungen oder sogar Erdbeben auslösen.

6. Sparen: Als am schnellsten wirksame Alternative nicht vergessen werden darf der sparsame (intelligente) Umgang mit den verfügbaren Energieformen. Zum Beispiel: Vom Jahresstromverbrauch 550 Terawattstunden (1 TWh = 1.000.000.000 kWh) in Deutschland können durch sparsamen Umgang und sparsame Geräte 110 Terawattstunden eingespart werden – das sind 20Prozent![3] Alleine mit diesem Mehr an Effizienz werden schon einige AKW überflüssig. Die größten Strom- bzw. Energie-Fresser Deutschlands sind die Deutsche Bahn, Aluminiumhersteller mit Hütten in Hamburg und Essen, Stahlproduzenten, Zementhersteller und Chemieunternehmen. Sie könnten aber dadurch zur Netzstabilität beitragen. Sie sind wichtig für die so genannte Grundlast im Netz. Wenn der Energiebedarf in Deutschland besonders hoch ist, könnten die Industrieanlagen – ähnlich einem mobilen Kraftwerk – bis zu zwei Stunden die Produktion abschalten und das Netz entlasten[4] – also eine deutliche Reserve freisetzen.

Eine ausführliche Übersicht zu den Regenerativen Energien zeigt der BR im Internet unter: http://www.br-online.de/wissen/umwelt/energie-alternativen-DID1188467066442/index.xml

Aus heutiger Sicht ist der Bedarf an Energien mit den erneuerbaren nicht zu decken. Um diese Sichtweise zu ändern, ist es sehr zweckmäßig, vor allem die laufende Verschwendung abzustellen.

2. Schluss mit Verschwendung

Privatpersonen haben den größten Energieverbrauch mit durchschnittlich etwa 35 Prozent beim Heizen ihrer Wohnung und etwa 30 Prozent beim Gebrauch ihrer Kraftfahrzeuge. In einem Zeitraum von 5 bis 10 Jahren erneuert sich der Fahrzeugbestand durch einen sparsameren – nicht so der Wohnungsbestand. Der Sanierungsbedarf der Altbaubauten ist riesig – drei Viertel sind energetisch hochgradig ineffizient[5] – das betrifft fast ausschließlich das Heizen, zum geringen Teil auch das Kühlen.

Ein Hauptübel hinsichtlich Verschwendung sind die zum großen Teil alten, zentralen Großkraftwerke. Sie schaffen nur etwa 37 Prozent Stromwirkungsgrad und der Hauptteil ist Verlust – das Meiste geht als Abwärme durch den Kühlturm oder Flusskühler – also sind sie eigentlich eine „Atmosphärenheizung“ mit eigener Stromerzeugung. Nur sehr wenige haben schon eine Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Die modernsten davon sind die Gas-und-Dampf-Kraftwerke (GuD) mit maximal 60 Prozent Wirkungsgrad – d.h. aus der Primärenergie werden immerhin 60 Prozent genutzt. Alte Kohlekraftwerke schaffen nur 40 bis 50 Prozent (AKW nur 30 Prozent). Zeitweise (oft nicht im Sommer) geht die Abwärme auch in die Flüsse – bis zu 70 Prozent des in Deutschland genutzten Süßwassers brauchen wir allein für die Kühlung von Kraftwerken. Mehr als 20 Prozent des so erzeugten Stroms ist nicht lebensnotwendig, sondern versorgt unsere Unterhaltungselektronik: Auch Fernsehen verbraucht so Wasser.[6]

3. Das Blockheizkraftwerk

Hocheffizient dagegen mittels KWK ist das Block-Heiz-Kraftwerk (BHKW) – ein kompaktes, kleineres Kraftwerk, das fast die gesamt Abwärme zum Heizen in der Nähe (Nahwärme) auskoppelt – ohne Wasserverbrauch. Das Blockschaltbild in Abbildung 1 zeigt den Vergleich eines gewöhnliches Großkraftwerk gegen ein BHKW.

Die Zahlen herausgezogen verdeutlichen:

- BHKW: 62 Prozent Heizenergie + 30 Prozent Strom + 8 Prozent Verluste.
- Großkraftwerk: 63 Prozent Verluste + 37 Prozent Strom.

Die BHKW-Technik ist relativ einfach. Ein Verbrennungsmotor treibt einen Generator an, der erzeugt Strom. Wärme entsteht automatisch durch den Verbrennungsprozess. Sie wird verwendet, um Gebäude zu heizen und Trinkwasser zu erwärmen. Das zusammen erhöht den Wirkungsgrad einer Anlage enorm (bis 94 Prozent) und macht sie so sehr effizient.

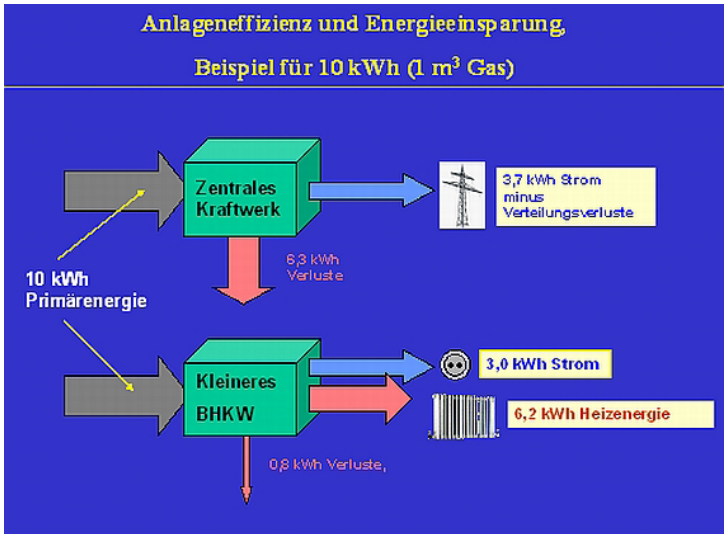

Abbildung 1: Blockschaltbild

Seit 2002 wurden bundesweit etwa 30.000 Anlagen oder Anlagenteile installiert. Technisch ideal sind Anlagen ab fünf Kilowatt elektrischer Leistung, die während der Heizperiode kontinuierlich laufen. Bei Mehrfamilienhäusern, Gewerbebetrieben und Industrie, in Hotels und Schulen ist das fast immer möglich.[7] Dort lohnen sie sich besonders.

BHKW brauchen je nach Größe von der Planung bis zum Betriebsbeginn 1 bis 5 Jahre – herkömmliche Großkraftwerke aber 20 bis 30 Jahre! Trotzdem will die Bundesregierung zusätzlich 10

3 Umweltbundesamt 2007
4 Der Spiegel online, 22.7.2011 „Atomausstieg/ Deutschlands Stromfresser wappnen sich für die Energiewende“ und „Enegiecontracting“
5 Der Spiegel online, 9.9.2010 „Lobbyschlacht um Energiekonzepte“
6 Der Spiegel online, 3.11.2011 „Rohstoffe/ Drohende Wasserknappheit“
7 GMX, Bund der Energieverbraucher in Berlin, 1.3.2010

Gigawatt neue fossile Kraftwerke fördern. 11 Gigawatt sind bereits genehmigt und im Bau.

4. Die Wirtschaftlichkeit

Das BHKW ist dann optimal ausgelegt, wenn es auf den Wärmebedarf der nahen Umgebung abgestimmt ist. Daher gehört es zusammen mit einem dichten Gebäudebestand – dieser fängt aber schon bei einem Dorf mit einigen Häusern an. Ein BHKW „draußen im Grünen“, das seine Abwärme zum Großteil in die Luft bläst, ist derselbe Unsinn wie ein Großkraftwerk mit Kühlturm. Ganz kleine Anlagen laufen im Jahr sehr wenig und rechnen sich dadurch erst spät. Strom und Wärme sollten also nach Möglichkeit immer irgendwo im Haus gebraucht werden. Ein optimiertes BHKW ist weder auf Spitzenlast (Winter) ausgelegt noch auf die Minimallast (Sommer). Um die Spitzenlast im Winter abzudecken und unwirtschaftlichen Teillastbetrieb des BHKW im Sommer zuvermeiden, wird ein Brennwertkessel mit installiert (siehe Abbildung 2, 3). Moderne BHKW können ihre Leistung in einem bestimmten Bereich anpassen (modulieren), sie laufen gegebenenfalls mit kleinerer Leistung.

Damit ein BHKW rentabel läuft, benötigt es auch einen großen Pufferspeicher (Wasserspeicher). Dadurch ist gewährleistet, dass die Anlage keine kurzen Laufzeiten hat (stop-and-go). Der erzeugte Strom sollte nach Möglichkeit selbst verbraucht werden, rät der Bund der Energieverbraucher, kann aber auch ins öffentliche Stromnetz eingespeist werden. Die Vergütung vom Stromversorger betrug aber bislang nur rund 10 Cent pro Kilowattstunde (kWh). Zum Vergleich: Energie aus einer Solarstromanlage etwa wird mit rund 39 Cent je kWh verrechnet.[8]

Um einen möglichst rentablen Betrieb zu erreichen, sollten Interessenten Verbrauchsgemeinschaften bilden und den erzeugten Strom auch möglichst selbst verbrauchen, rät der Bund der Energieverbraucher. Wer Strom an andere liefert, gilt als Unternehmer und muss entsprechend Steuern und Abgaben bezahlen! Das erfordert dann auch noch extra Stromzähler, um gelieferten und eigenverbrauchten Strom separat zu erfassen (zum Berechnen der Vergütung). Beim Eigenverbrauch hat man dann das Problem, den verfügbaren Strom mit dem „verlangten“ der eigenen Geräte abzustimmen. Intelligente Stromzähler sollen diese Abstimmung vereinfachen bzw. erst noch ermöglichen – ein ausgereiftes System gibt es aber derzeit noch nicht.

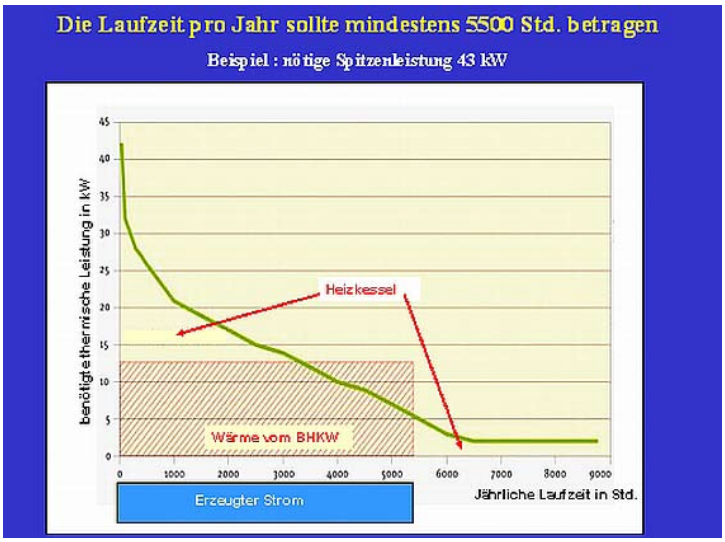

Abbildung 2: Wirtschaftlichkeit von Blockheizkraftwerken

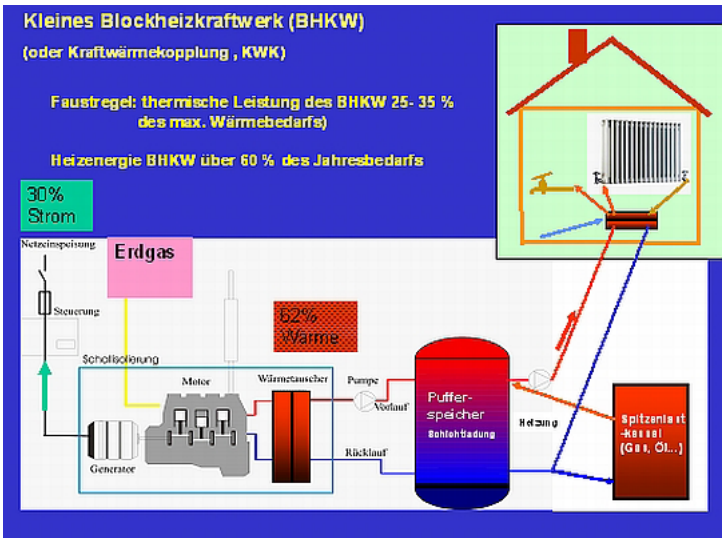

Abbildung 3: Thermische und elektrische Leistung eines Blockheizkraftwerks

Bislang werden in Deutschland Strom und Wärme meist von großen Kraftwerken erzeugt und dann an die Haushalte verteilt. Kommunen können Nahwärmenetze optimal auslegen und mit ihrer dezentralen Energieversorgung werden Strom und Wärme langfristig günstiger.

Es gibt auch noch das so genannte „Contracting“: Ein lokaler Stromversorger übernimmt verantwortlich die Planung, Beschaffung, Installation, Betrieb und Wartung einer Heizungserneuerung mit BHKW bis zum Vertragsablauf. Er ist zunächst Eigentümer der Anlage. Den finanziellen Aufwand deckt er über die (z.B. 15) Betriebsjahre aus den Ersparnissen und Einnahmen ab, die sich im Vergleich zu alten Anlage ergeben werden. Danach geht die Anlage/ das Eigentum kostenfrei an den Kunden über. Bis dahin liegt auch die Verantwortung technisch und kommerziell beim Stromversorger. Das Konzept kann aber auch Fallen enthalten – je nach Vertrag!

Was vielen in der Contracting-Branche sauer aufstößt, ist die Behandlung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG): Installiert ein Contractor oder Vermieter ein Blockheizkraftwerk bei seinem Kunden, muss der Anbieter 3,5 Cent pro Kilowattstunde EEG-Umlage zahlen. Betreibt der Kunde die gleiche Anlage in Eigenbetrieb, fallen diese Zusatzkosten weg. Das Umweltministerium hat dafür eine einfache Erklärung: „Soweit Kontraktoren Strom an Dritte liefern, werden sie nicht anders behandelt als alle anderen Stromlieferanten.“ Ein Wegfall der EEG-Umlage wäre eine Wettbewerbsverzerrung[9]. Dazu kommt noch, dass bei Strom- oder Wärmelieferung an Dritte zumeist ein Energieversorgungsunternehmen das Monopol zur Leitungsführung über fremden Grund hat – und das hat Anspruch auf eine Durchleitungsgebühr!

5. Perspektiven für eine Großstadt mit vielen Altbauten und Wohnblöcken

Wie oben (Punkt 4) erwähnt, ist es sinnvoll, zuerst Stadtgebiete mit hoher Siedlungsdichte (Wohnblöcke usw.) mit BHKW auszustatten und danach das, was übrig bliebe (Reihenhäuser, Ein-/ Zweifamilienhäuser). Das erstere soll-

8 GMX, Verbraucherzentrale Hannover, 1.3.2010

9 Der Spiegel online, 22.7.2011 „Atomausstieg/ Deutschlands Stromfresser wappnen sich für die Energiewende“ und „Enegiecontracting“

te eine größere Körperschaft (Investor oder kommunale Versorger wie ESTW) in die Hand nehmen, die das technische Wissen zur optimalen Konzeption aufbringen kann. Privatleute („Häuslebauer“) laufen heute noch Gefahr, „sich zu verheben“ – der finanzielle Aufwand ist das größte Risiko. Einfacher wäre es, den Heizungskeller dem kommunalen Versorger zur Verfügung zustellen und diesen als Anlagenbetreiber handeln zu lassen – bei einem moderaten Strom- und Wärme-Liefervertrag. Das hätte dann den Vorteil, dass der Versorger alle seine Kleinkraftwerke koordiniert betreiben (zusammen als sogenanntes Schwarmkraftwerk) und dem übergeordneten Strombedarf (z. B. einer Stadt) anpassen kann – die Pufferspeicher der Heizungskeller ermöglichen das ja doch!

Dazu ist natürlich nicht nur die kommunale Politik gefordert, die den kommunalen Versorger mit entsprechenden Handlungsmöglichkeiten und auch finanziell auszustatten hätte. Es wäre aber fatal, wenn dieser Versorger im Rahmen einer Privatisierung an einen Großkonzern (mit Großkraftwerken) verkauft worden wäre und damit anderen Interessen gehorcht. So war z. B. im Schlot des ehemaligen Großkraftwerkes hier in Erlangen eine Windturbine, die alleine durch den Kaminzug 1000 kW erbrachte (ohne Lärmbelästigung). Der Schlot mitsamt dem Kraftwerk ist abgerissen – war er „zu hässlich“ oder hätte man ihn besser stehen gelassen?

6. Entwicklungsaspekte

Im März dieses Jahres sind die auf die Großindustrie ausgerichteten Perspektiven der Regierungen mit realen Ereignissen kollidiert, was eine markante Neuausrichtung der Absichtserklärungen zur Folge hatte. Eine gewisse Hektik und Begierde auf tragfähige alternative Konzepte ist dadurch aufgekommen. Eine ganze Reihe von Erschwernissen, Missständen bzw. Zukunftsperspektiven und Entwicklungsrückstand treten dadurch in den Vordergrund und verdienen mehr Beachtung:

BHKW in privater Hand

Man darf nicht übersehen, wie viele verschiedenen Komponenten und Services hier reibungslos ineinander greifen müssen, um den aus Endkundensicht erwarteten sorgenfreien Betrieb zu gewährleisten. Sorglose Hausbesitzer wundern sich, wenn die geballte deutsche Bürokratie anklopft. Sie müssen sich nämlich u.a. mit dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (KWK-Zuschlag), dem Zoll (Erdgassteuerrückerstattung), dem lokalen Energieversorger (Einspeisevergütung, entfallene Netznutzungsentgelte), der Bundesnetzagentur (Anzeige der Energiebelieferung) und nicht zuletzt dem Finanzamt herumschlagen. Die Wartung eines Vier-Zylinder-Gasmotors ist gegenüber einer regulären Gasbrennwert-Heizung ebenfalls deutlich aufwändiger.[10] Einige Hersteller von BHKW übernehmen aber die Abwicklung der Bürokratie. Dringend zu empfehlenden ist vor der Projektreife eine Wirtschaftlichkeitsberechnung aus neutraler Hand (etwa einem erfahrenen Energieberater)! Beispiel: Bei einem Wohnblock mit 40 Einheiten wurde der Heizkessel (mit Warmwasser) erneuert. Die ausführende Fachfirma bot alternativ ein BHKW mit einer Leistung von 7kW elektrisch/10 kW thermisch an (Ein erfahrener Betreiber von 3 eigenen Anlagen schätzte 20/50kW). Die Kostenrechnung durch die ESTW ergab bei einer Betriebsdauer von 15 Jahren mit der Anlage der Fachfirma ein Mehr von 30.000 Euro statt einer Ersparnis (allerdings ohne Eigenverbrauch des Stroms)! Fazit: Zu klein, unrentabel, Vorteile nicht genutzt.

10 BHKW-Prinz.de, BHKW-News, 9.9.2010 „Zuhause-Kraftwerk, Schwarmstrom“

Biogaserzeugung

Sie kann die Verwendung von fossilem Erdgas für das Heizen und Stromerzeugen bis auf weiteres nicht ganz ersetzen.

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Akutes Problem ist aber nicht die Masse der Rohstoffe, sondern deren Art. Heute wird ja schon die „Vermaisung der Ackerflächen“ beklagt. Dem Biogasertrag von Mais stehen aber geeignete andere Pflanzen nicht nach, die nicht solche Umweltlasten mit sich bringen. Im Prinzip sind Grünschnitt, Fäkalien, Lebensmittelabfälle und andere Abfallstoffe zur Vergärung, d.h. Methanerzeugung (rund zwei Drittel Methan aus dem Gärgas) geeignet. Laut dem Fachverband Biogas e.V. produzierten die rund 6.000 Biogasanlagen in Deutschland knapp 15 Milliarden Kilowattstunden Strom – genug für 4,3 Millionen Haushalte.[11] Deutsche Biogasanlagen produzieren heute schon so viel Strom wie zwei mittlere AKW. 500 neue Biogasanlagen sind für nächstes Jahr geplant, je 1.000 waren es die vergangenen Jahre.[12]

Bei der derzeitigen Lebensmittelproduktion in Deutschland, den Verzehrgewohnheiten, der importabhängigen Landwirtschaft und dem jetzt schon stattfindenden Anbau nachwachsender Rohstoffe („Nawaro“) auf 2 Millionen Hektar gibt es in Deutschland keine zusätzlichen Flächenpotenziale für die Erzeugung von Biogas aus Nawaro. Biogaserzeugung auf Basis Nawaro tritt in Konkurrenz zur Futtermittel- und Lebensmittelerzeugung und muss daher einer besonders kritischen Analyse unterzogen werden. Biogasanlagen haben bereits zu massiven sozialen Konflikten in den Dörfern und zu Umweltproblemen geführt: In mehreren Regionen Bayerns hat die Biogasanlagenförderung bereits negative Folgen für das Landschaftsbild, zu Gefährdung von Grundwasser, Böden und Biodiversität sowie zur Verteuerung der Lebensmittel- bzw. Futterproduktion auf Grund stark ansteigender Pachtpreise verursacht.

Biogas ist ein wertvoller Energieträger im Gesamtkonzept der Erneuerbaren Energien, der bereits heute speicherbar ist. Für gereinigtes Biogas gäbe es als Methan eine weitläufige Infrastruktur der Verwertung. Das Potenzial zur Verwendung von Reststoffen zur Biogaserzeugung muss besser als bisher gefördert werden. Biogaserzeugung mit nachwachsenden Rohstoffen ist nur etwa ein Zehntel so effektiv wie Photovoltaik und nur ca. ein Hundertstel so effektiv wie Windenergie – gerechnet jeweils mit heutiger Technologie auf gleicher Fläche.

Großanlagen der Biogasverstromung mit mehr als 500kW Leistung sind als negativ zu bewerten – der Ausbau kleiner, dezentraler Anlagen bis 150kW zur Unterstützung der Wertschöpfung von kleinen und mittelständischen bäuerlichen Betrieben dagegen als annehmbar.

Wasserstoff als Energieträger ist seit einigen Jahren ebenfalls im Gespräch, aber wegen geringer Energiedichte sehr umständlich zu speichern. Er ist aber als Vorprodukt zur Methanerzeugung unter Verwendung von CO_2 geeignet. Diese Technik ist noch in der Erprobung.[13]

Intelligenter Stromzähler (smart grit)

Befürworter der „intelligenten Stromzähler“ preisen die Systeme mit Hinweis auf die Einsparmöglichkeiten für den Kunden an. Inzwischen aber mehren sich an dem Einsparpotenzial die Zweifel. Denn einige Analysen zeigen, dass die Kosten weit höher sein können als der Nutzen. Zu diesem ernüchternden Ergebnis kommen gleich mehrere Studien. Eine davon erstellte das Wissenschaftliche Institut für Infrastruktur und Kommunikationsdienste in Bad Honnef. Ihr zufolge lassen sich durch eine Verschiebung des Stromverbrauchs in privaten Haushalten während der Spitzenzeiten rund 10 Terawattstunden pro Jahr einsparen, was der Kapazität von 10 bis 15 großen Kohlekraftwerken entspricht. Für einen privaten Haushalt beträgt die Einsparung aber nur magere 9 bis 42 Euro pro Jahr. Die Bonner Bundesnetzagentur nennt Beträge von 12 bis 50 Euro als Jahres-Einsparung.[14]

Es gibt viele Mandanten (Erzeuger, Verbraucher, Messstellenbetreiber, Ablesedienste, Netzmanagement), die ein leistungsfähiges Kommunikationsnetz erwarten, das dem Datenschutz (Gefahr der Hacker) genügt (Vortrag der ESTW am 15.11.11).

Strompreise

Das Abschalten von AKWs wegen Fukushima war Anlass, fast schon panische Befürchtungen hinsichtlich Stromknappheit zu schüren. Eine Verknappung hätte sich in der Stromwirtschaft als Preiserhöhung zeigen müssen. Der mittlere Preis pro kWh im 1. Quartal 2011 lag bei 51,85 Euro, im 2. Quartal bei 53,61 Euro. Nach dem Ausstiegbeschluss Ende Juni stieg der Preis nur um 0,37 Cent! Ansonsten schwankte der Preis in den letzten Jahren (vor Fukushima) zwischen 50 und 90 Euro![15]

Die dominante Rolle beim Großkraftwerksbau spielen die Preise an der Strombörse. Überschüssiger Strom (z.B. aus Windkraft) ist zeitweise nur zu Dumpingpreisen los zu bringen, ggf. zu speichern oder zu exportieren. Deutschland kann auch Strom importieren, etwa aus slowakischen, tschechischen oder polnischen Kohlekraftwerken. Dieser Strom ist zwar schmutziger, aber billiger! Genau dies ist das Problem der deutschen Gaskraftwerke: An vielen Tagen im Jahr können sie mit Importstrom preislich nicht mithalten. Deswegen lohnen sich Gaskraftwerke für die Betreiber meist nur in der Spitzenlast. Das bedeutet: Erst wenn alle anderen günstigen Kraftwerke schon auf Volllast laufen und nicht noch mehr Strom produzieren können, werden die Gasturbinen angeworfen. Brennende Kohle hingegen kann nicht so flink reguliert werden (Netzstabilität!), ganz zu schweigen von der behäbigen Kernkraft. Deswegen sind GuD-Kraftwerke ideal für den Übergang ins Ökozeitalter: Wenn kein Wind weht und die Sonne nicht scheint, können sie schnell reagieren.[16]

Unsere Wirtschaft krankt an der Subventionitis: unsinnige Großprojekte werden mit viel Geld gefördert – auch wenn sie alte, längst bekannte Fehler wiederholen. Sie nützen bestens den Investoren und Großunternehmen. Das hat lange Tradition wie z. B. in der Landwirtschaft mit den Agrarsubventionen im Jahr 2009: 50 Prozent der EU-Betriebe (Kleinbetriebe) erhielten 5 Prozent der Subventionen – 2 Prozent (Großbetriebe) erhielten 30 Prozent.[17]

Stromtrassen und „Stromüberschuss“

Jedes großklotzige Kraftwerksprojekt braucht selbstverständlich einen Anschluss ans Hochspannungsnetz, weil nicht genügend Verbraucher in der Nähe sind – es sei denn, die weiter weg zu liefernde Strommenge würde besser vor Ort zum Erzeugen speicherbarer Ener-

11 BR online 21.2.2011 „Energie-Alternativen/ Biogas - Nachhaltigkeit mit Nebenwirkung“

12 BR 28.10.2011 „Faszination Wissen/ Der Biogasboom“

13 Der Spiegel online, 26.9.2011 „Erneuerbare Energien/ Wasserstofftechnik“, 25.10.2011 „Energiewende Dank Wasserstoff“

14 Focus, 20.7.2011 „Neue Technologien/ Intelligente Netze“

15 Natur und Umwelt, 3-2011 „Atomausstieg/ Praxistest bestanden“

16 Der Spiegel online, 22.7.2011 „Atomausstieg/ Deutschlands Stromfresser wappnen sich für die Energiewende“ und „Enegiecontracting“

17 Natur und Umwelt, 4-2010 „EU-Reform statt Agrarfabriken“

gieträger (z.B. Methan) verwendet. Neue „Stromautobahnen“ sind dann nicht nötig, weil ja das Erdgasnetz schon vorhanden ist! Für die Energiewende brauchen wir wohl den Um- und Ausbau der verbrauchernahen Stromnetze – aber genau nicht diese „Stromautobahnen“. Hochspannungstrassen verschandeln größere Landschaftsbestandteile als Windräder und sind auch nicht „ästhetischer“.

Hochspannungstrassen gibt es schon zum Verteilen von Strom aus (z. T. abgeschalteten) AKW und vielen Kohlekraftwerken – alle weit verteilt und gut vernetzt! Mit jedem Abschalten eines alten Kraftwerks wird Leitungskapazität frei für neue. Alte Kraftwerke sind Energieverschwender (30 bis 50 Prozent Verlust durch Abwärme) – solche Dinosaurier erkennt man an ihren Kühltürmen. Effizienter sind kleinere Einheiten mit Verteilung von Strom und Wärme in der Nähe der Verbraucher (5 bis 10 Prozent Verlust). Das erfordert zunächst das Verstärken der Mittelspannungsnetze (nur 10 bis 20kV) – bis ins Hochspannungsnetz würden nur Stromüberschüsse gelangen und die sind eigentlich durch intelligentes Netzmanagement vermeidbar.

Stromspeicherung mittels Akkumulatoren ist teuer, aufwendig und für die allgemeine Stromversorgung eigentlich zu schade – für die Elektromobilität ist sie (bis auf weiteres) unentbehrlich. Vernünftiger ist das Umwandeln und Speichern in Form von schnell verstrombaren Energieträgern wie Wasserstoff oder Methan (Hauptbestandteil von Erdgas). Das Erdgasnetz hat heute schon eine Speicherkapazität von 200TWh, von der heute nur 50TWh benötigt werden.[18] Pumpspeicherwerke haben einen Wirkungsgrad bis über 90 Prozent. Leider sind in Deutschland aber nicht genügend geeignete Plätze zur Anlage solcher Systeme vorhanden und sie sind in einigen Stunden entladen.[19]

7. Kommunales Handeln

Gesetze schaffen nur Rahmenbedingungen. National und regional planen, das dauert – besonders dann, wenn die Lobby der Großindustrie deren Profit sichert (Subventionitis), dagegen aber ökologische Entwicklungen ausbremst. Wir können nur vor unserer eigenen Haustür etwas ausrichten und dürfen uns nicht „beschäftigen“ lassen durch die mühsame Förderung privater Kleininitiativen. Nur auf kommunaler Ebene sind rasch wirksame, tragfähige Konzepte zu verwirklichen, die bei großer Breite wesentliches zu ändern imstande sind, so wie es sich auch die ESTW vorgenommen haben. Diese brauchen aber auch die entsprechende Satzung, um dahingehend handeln zu dürfen. Natürlicherweise bleiben Randgebiete übrig, bei denen nur kleine Einheiten aus der Hand von innovationsfreudigen Privatleuten möglich wären.

Zusammenfassung – oder die 3 wichtigsten Punkte

1. Sparen durch überlegten Gebrauch von Energie zehrenden Geräten und Maschinen, ggf. Ersatz durch bessere. BHKW als Heizung nutzen wo überall sinnvoll – aber erst nach der Gebäudesanierung und nach Erfassen des neuen Energiebedarfs. Richtiges Sparen kostet erst mal richtig Geld und gehört „mit dem spitzen Stift durchgerechnet“.
2. Neue Stromquellen mit erneuerbaren Energien schaffen – vorwiegend mit BHKW, ansonsten mit Windkraft – aber Standortvorteile (in der Nähe) nutzen. Nützlich wäre eine Aufstellung der ESTW, wo BHKW welcher Größe vernünftig einsetzbar sind.
3. Biomasse nur in der Nähe von BHKW unter Verwendung von Nahwärme einsetzen.

... und bitte vormerken den Vortrag „Energieeffizientes Sanieren und Erweitern im Bestand“ von Architekt Michael Pollak, Erlangen in der VHS Erlangen, Friedrichstraße 19/ Historischer Saal am 19. Januar 2012 um 19.30 Uhr.

Wir haben kein Geld ...

... sagen alle Politiker – aber wirksames Sparen kostet was, denn man muss ja erst mal investieren. Derzeit trauen Sparer der Politik und dem Geldmarkt wenig. Die Investition in eigene „Sparinstrumente“ wäre die beste Gelegenheit, seine Geldanlagen auf sichere Beine zu stellen. Gesucht wäre ein Treuhänder, der Geld aufnimmt, mit einem Contractor (z. B. ESTW) Anlagen anschafft und betreibt, Standorte bei den Geldgebern bevorzugt, diese als Eigenverbrauch mit Strom versorgt und damit in den Genuss der entsprechenden Vergünstigungen bringt.

Eine Bürger-Energie-Genossenschaft gibt es in Neumarkt, Roth-Schwabach und Neustadt/Aisch. Eine Initiative „Energiewende in ER(H)langen“ versucht derzeit, sich zu formieren.

Die Landtags-SPD ließ ein Gutachten erarbeiten, das eine Verzehnfachung der Nutzung von Windenergie und eine Vervierfachung der Sonnenenergie-Nutzung als sinnvoll propagiert, dazu den Ausbau der Stromerzeugung mit Biomasse um ein Drittel und eine Steigerung der Wasserkraft um etwa 14 Prozent. Sie schlägt eine Abwrackprämie für energiefressende alte Heizkessel und große Haushaltsgeräte wie Kühlschränke, Waschmaschinen und Herde im Nachtragshaushalt vor.[20] Die Bundes-SPD beantragte die verstärkte Förderung der KWK, der Wärmenetze, der Wärmespeicher und Wiederaufnahme der Förderung der BHKW mit Leistung unter 50kW, sog. Mini-BHKW.[21]

Die Abbildungen stammen aus dem Vortrag von Heinz Horbaschek „BHKW für Wohngebäude“ am 14.10.2011

18 Natur und Umwelt, 3-2011 „Atomausstieg/ Praxistest bestanden“
19 GMX, 27.5.2011 „Bundesnetzagentur warnt vor Stromlücke im Winter“

20 Fränkischer Tag, 11.11.2011 „Zweistellige Milliardensumme für Energiewende“
21 Deutscher Bundestag 07. 06. 2011, dipbt.bundestag.de Drucksache 17/6084, 17. Wahlperiode

Linkes Forum in der SPD Erlangen

Wir laden alle interessierten Genossinnen und Genossen ein zum

Diskussionsabend am Freitag, 27. Januar, 20 Uhr im Nebenzimmer der Gaststätte „Orpheus“, Luitpoldstr. 25

Themen:

- Aktuelles (u.a. Bundesparteitag, Neonazis, „Euro-Krise“)
- weitere Themen werden erst beim Treffen am 25.11. – nach Monatsspiegel-Redaktionsschluss – besprochen und per E-Mail an alle Interessierten ebenso verschickt wie eine evtl. mögliche Terminänderung.

Hildegard Gröger, Helmut Pfister .

Distrikt Anger/Bruck

Vorsitzender:
Gerd Worm
Telefon: 304556
Karl.Gerd@gmx.de

Liebe Mitglieder im Distrikt Anger-Bruck,
wie Ihr hoffentlich alle erfahren habt, musste ich die Distriktversammlung, die ursprünglich am 16. November geplant war, zweimal aus „persönlichen Gründen“ absagen.

Hiermit teile ich Euch den jetzt unumstößlichen, neuen Termin mit: Wir treffen uns am

7. Dezember um 19 Uhr in den Räumen der AWO über der Filiale Anger der Sparkasse

Der Zugang erfolgt über die Außentreppe. Auf der Tagesordnung steht nach wie vor, dass ich mit Euch ein Glas auf meinen 50sten trinken will. Da es auf Weihnachten zugeht, sollten wir uns den Rahmen ruhig etwas vorweihnachtlich ausgestalten. Vielleicht ja kann jeder etwas Tischschmuck mitbringen.

Tagesordnungspunkte sind:

- Bericht aus dem UVPA zum Vortrag der DB über den Stand des S-Bahn-Baus;
- Sachstand zur Sanierung der ERBA-Villa (Klaus Probst; Bürgertreff Villa & Angertreff)
- Info Angerfest 2012
- Ideen der Fraktion zu Vorortveranstaltungen (Kinderbetreuung, Wohnen im Alter)
- Terminplanung und Ideensammlung für 2012 (Bringt also welche mit!)
- Verschiedenes

Ich freue mich auf unser Beisammensein und verbleibe mit solidarischen Grüßen
Gerd Worm, Distriktvorsitzender

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Dienstag, 20. Dezember, 19 Uhr im Schützenhaus

Im neuen Jahr treffen wir uns dann erstmals am

Dienstag, 17. Januar, 19 Uhr im Schützenhaus

Tagesordnung:
wird jeweils aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

Distrikt Frauenaurach

Vorsitzende:
Elizabeth Rossiter
Telefon: 992619
e.rossiter@web.de

Liebe Distriktsmitglieder,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Weihnachtsfeier am Dienstag, den 20. Dezember um 19 Uhr in der Sportgaststätte des TSV Frauenaurach

Bitte denkt daran, eure Terminkalender mitzubringen. Wir wollen die Termine für das nächste Jahr festlegen.

Protokoll der Distriktssitzung vom 8. November

- Der Info-Nachmittag „Wohnen im Alter – möglichst daheim“ war gut besucht.
- Es soll weitere Info-Veranstaltungen geben. Mögliche Themen sind: Sport-Angebote für Senioren, das Gemeindezentrum oder Kinderbetreuungsmöglichkeiten.
- Für den Umbau des Gemeindezentrums gibt es neue Pläne. Das Konzept wird demnächst in verschie-

denen Ausschüssen behandelt. Es ist am 24. November auch Stadtratsthema. Eine Kostensteigerung um 1,1 Millioinen Euro wird erwartet. Damit entstehen für den Umbau Gesamtkosten von 4 Millionen Euro.
- In der letzten Sitzung des Ortsbeirats Kriegenbrunn wurde besprochen, dass die Kirchweih weiterhin am Eginoplatz abgehalten wird. Die Tillystraße wird in einer Probezeit bis Februar 2012 als Spielstraße ausgeschildert.
- Zu den Ewigkeitsgräbern in Kriegenbrunn finden Kompromissgespräche mit Einwohnern und Stadtverwaltung statt
- Bei der Weihnachtsfeier bitte die Terminkalender nicht vergessen.

Für den Vorstand
Elizabeth Rossiter

Distrikt Innenstadt

Vorsitzender:
Michael Zimmermann
Telefon: 699118
zi-mi@web.de

Liebe Distriktsmitglieder!
Das Ende des Jahres naht. Und deshalb wollen wir unser nächstes Treffen etwas vorweihnachtlich-besinnlich gestalten. Ein gemütliches Beisammensein, bei dem auch gerne politisiert werden darf. Nur diesmal eben ohne Tagesordnung.

Wir treffen uns am

6. Dezember um 20 Uhr im Nebenraum der „Kulisse“ in der Theaterstraße.

Wär‘ schön, wenn wieder einige den Weg zu uns finden. In diesem Sinne:

„Nehmt Eure Stühle und Eure Teegläser mit hier hinter an den Ofen und vergesst den Rum nicht. Es ist gut, es warm zu haben, wenn man von der Kälte erzählt.“ (Bertold Brecht)

Die übernächste Sitzung wird sein am

24. Januar um 20 Uhr, ebenfalls im Nebenraum der „Kulisse“.

Die Tagesordnung beschließen wir dann vor Ort.

Herzliche Grüße,
für den Vorstand,
Michael Zimmermann

Distrikt Ost

Vorsitzender:
Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
christofer@zwanzig-online.de

Liebe GenossInnen,
wir wünschen Euch ein frohes Weihnachtsfest und einen ruhigen Jahreswechsel. Im Dezember findet keine Sitzung statt. Wir treffen uns wieder zur

Distriktssitzung am Mittwoch, 11. Januar um 20 Uhr in der Gaststätte Waldschänke (Lange Zeile 104).

Themenvorschläge:
- Rückblick auf den Bundesparteitag
- Aktuelles

Mit solidarischen Grüßen
Christofer Zwanzig und Birgit Hartwig

Distrikt Süd

Vorsitzende:
Brigitte Rohr

Kontakt:
Klaus-Dieter Birkner
klausdieterbirkner@arcor.de

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
wir laden Euch recht herzlich ein zu unserer letzten Sitzung in diesem Jahr am

Mittwoch, 7. Dezember, 20 Uhr im Biergarten Röthelheim

Die Tagesordnung wird aktuell beschlossen.

Bitte den **18. Januar** für die Distriktssitzung vormerken.

Der gesamte Vorstand wünscht allen Genossinnen und Genossen ein friedliches Weihnachtsfest und alles Gute für das neue Jahr.

Für den Vorstand
Brigitte Rohr

Der Distrikt Süd bedankt sich

- bei Barbara Thaler für 10 Jahre Mitgliedschaft
- bei Sema Yaver für 10 Jahre Mitgliedschaft

Herzlichen Glückwunsch
Der Vorstand

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 13.Dezember, 20 Uhr in der Schlossgaststätte

Tagesordnung:

1. Aktuelles.
2. Berichte: Ortsbeirat, Wirtschaftsgespräch
3. Parteireform
4. Konsequenzen für KV, Fraktion und Distrikt (s.a. Artikel im Monatsspiegel, bereits per mail zugesandt)
5. Auftritt der SPD in der Broschüre des Ortsbeirats „Alles nah“ (Tennenloher Vereine, Firmen, Geschäfte)
6. Rückblick TB
7. Terminfestlegungen für 2012
8. Verschiedenes.

Vorankündigung der nächsten Distriktversammlung: **10. Januar, 20 Uhr, Schlossgaststätte**. Tagesordnung wird vom Vorstand vorgeschlagen und geht rechtzeitig zu.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Distrikt West

Vorsitzender:
Gerd Peters
Telefon: 44366
gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
zu unserem

Jahresabschlussessen am Mittwoch, 7. Dezember

möchte ich Euch alle herzlich einladen.

Wir treffen uns ab 19.00 im Gasthaus „Zur Einkehr“ (Güthlein). Das ist eine Gelegenheit sich jenseits von Tagesordnungen zwanglos über Politisches, Privates oder Sonstiges auszutauschen oder nach langer Zeit mal wieder bei der SPD West nach dem Rechten zu schauen.

Am

Dienstag, den 10. Januar um 20 Uhr

tagen wir erstmals im neuen Jahr. Wir treffen uns im Gasthaus „Zur Einkehr“ (Güthlein).

Folgende **Tagesordnung** ist vorgesehen:

1. Spielräume für kommunale Bildungspolitik. In das Thema einführen und mit uns diskutieren wird Barbara Pfister, stellvertr. Vorsitzende der Stadtratsfrakion

2. Berichte aus Kreisvorstand, Stadtratsfraktion und Ortsbeirat
3. Verschiedenes

Sprecht bitte potenziell am Thema interessierte Freunde und Lehrer an. Externe sind immer, aber bei diesem Thema besonders ausgeprägt, eingeladen.

Im Auftrag des Vorstands
Gerd Peters

P. S.: Im Oktober diskutierten wir intensiv mit Günter Beierlorzer und Robert Thaler über Sportstättenbedarfe im Stadtwesten unter Einschluss der Thematiken „Handballtauglichkeit“ , Sportstättenbedarf der Schulen und der Probleme, die aus den Schwierigkeiten des BSC resultieren. 16 am Thema Interessierte fanden sich ein.

AG 60plus

Vorsitzender:
Hartmut Wiechert
Telefon: 991232
Hartmut.wiechert@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Mitgliederversammlung am Donnerstag, 15. Dezember 2011, 15:00 Uhr im August-Bebel-Haus

Tagesordnung:
1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls
3. Aktuelles
4. Jahresrückblick
5. Arbeits-/ Themenplanung für 2012
6. Verschiedenes

Wir werden neben dem Jahresrückblick das aktuelle Themen „Neonazis und Rechtsextremismus in Bayern“ aufgreifen, das auch in der nächsten KMV ausführlich behandelt werden soll.

Gerade wir als 60plus, die wir noch das Kriegsende und vielleicht auch hautnahe Erzählungen über Nationalsozialismus und deren Verbrechen erlebt haben, müssen uns mit den neuesten Ungeheuerlichkeiten rechtsextremer Gewalt auseinander setzen. Also gilt es, trotz Weihnachtstimmung die Realitäten zu diskutieren.

Merkt Euch auch den Januar-Termin. Da Hem Anfang des Monats verhindert ist, wollen wir uns erst am **Donnerstag, den 26. Januar, 15 Uhr, ABH** treffen. Die Tagesordnung erhaltet Ihr per Mail.

Ich grüße im Namen des Vorstands.
Hartmut Wiechert

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 16. November

Punkt 1 und 2: Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
Die Tagesordnung wurde genehmigt, ebenso das Protokoll vom 12. Oktober.

Punkt 3: Aktuelles
- Diskussion über eine bessere Darstellung von 60plus in der Öffentlichkeit.
- Diskussion über den momentanen Zustand der Europäischen Gemeinschaft bzw. über den einheitlichen Währungsraum.

Punkt 4: Jahresschwerpunkt des Kreisverbands „Wo bleibt die Gerechtigkeit?“
Zu diesem Thema hatte der Vorsitzende umfangreiche Material zur Verfügung gestellt und auch auf passende Literatur hingewiesen. Eine Stellungnahme wurde auf das nächste Treffen vertagt.

Punkt 5: Verschiedenes:
Eine Stellungnahme zur Einrichtung einer Bayerischen Pflegekammer scheint im Augenblick nicht mehr akut zu sein.

Einladung von Ruth zu einem Vortrag von Sozialanwalt Michael Badzko zum Thema „Unterhaltsrecht Kinder gegenüber den Eltern“ am Freitag, 25. November 2011 im Wohnstift-Café, Clubraum, Rathsberger Str. 63.

Ruth Sych

Einladung zur

AsF-Weihnachtsfeier am Freitag, 16. Dezember ab 19 Uhr bei Julie Mildenberger, Spardorfer Str. 42

Bitte bringt interessierte Freundinnen/ Bekannte und etwas zu essen mit. Für Getränke sorgen wir.

Für den Vorstand
Hildegard Gröger

Einladung zur Veranstaltung der AsF am

Mittwoch, 11. Januar um 20 Uhr im Frauenzentrum Erlangen, Gerberei 4, mit Dinah Radtke

zum Thema: Probleme behinderter Frauen in der BRD

Herzliche Einladung zur

Jahreshauptversammlung am Mittwoch, 1. Februar um 20 Uhr im August-Bebel-Haus

Vorläufige Tagesordnung:

1. Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht Diskussion
2. Entlastung des Vorstands
3. Neuwahl des Vorstands
   a) Festlegung der Anzahl der Vorstandsmitglieder
   b) Wahl des Vorstands
4. Personalvorschläge
   a) 2 Vertreterinnen im KV (stimmberechtigt)
   b) 1 Vertreterin im GKV (nicht stimmberechtigt)
   c) ggf. Mitglieder von AsF-Bezirksvorstand und AsF-Landesvorstand
5. Weitere Aufgabenverteilung (u.a. Frauengruppentreffen, Archiv)
6. Arbeitsplanung für 2012
7. Termine
8. Sonstiges

Für den Vorstand
Hildegard Gröger

AsF

Sprecherinnen:

- Saskia Coerlin
  scoerlin@hotmail.com
- Gunda Gerstenmeyer
- Hildegard Gröger
  Telefon: 502415
- Birgit Hartwig
  Telefon: 55939
  Birgit.Hartwig@web.de
- Jule Mildenberger
  Telefon: 23435
- Barbara Pfister
  Telefon: 502481
  barbara.pfister@fen-net.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
die nächsten Sitzungen finden am

- Montag, den 12. Dezember
- Montag, den 9. Januar

jeweils um 20: 15 Uhr im August-Bebel-Haus statt.

Wir werden uns zunächst mit dem Lobbyismus in Deutschland und mit dem Argumentationspapier der FES zur Gleichstellungspolitik (http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07877.pdf) beschäftigen.

Rote Grüße
Munib

Jusos

Vorsitzender:
Munib Agha
munib_agha@hotmail.com

DER ERLANGEN-KAFFEE GENUSS ERLANGEN
ist ein fair gehandelter Hochland-Arabica aus kontrolliert biologischem Anbau. Er wird hauptsächlich von drei Kooperativen im „Kaffee-Norden“ Nicaraguas hergestellt.
Die Kaffeepflanzungen liegen in einer Höhe von 1000 bis 1500 m und liefern Kaffee von herausragender Qualität. Dank des höheren Preises für den Kaffee haben die Kaffeeproduzenten nicht nur ausreichend zu essen. Sie unterstützen zudem Projekte, von denen auch Nichtmitglieder profitieren, wie etwa den Bau einer neuen Schule.

DIE ERLANGEN-SCHOKOLADE GENUSS ERLANGEN
ist eine fair gehandelte Blätternougatschokolade. Sie basiert auf einer 70-prozentigen Nobelbitterschokolade mit Mandel- und Nussnougatschichten sowie knackigen Krokantblättern.
Die Schokoladenmanufaktur Zotter aus Österreich engagiert sich seit vielen Jahren im fairen Handel und ist bekannt für edle und exotische Sorten. Alle Zutaten stammen dabei aus ökologischen Anbau. Der Rohrzucker für alle Sorten kommt aus Nicaragua und der Kakao aus verschiedenen Ländern Lateinamerikas.

Beide Produkte sind Zeichen für das Engagement der Erlanger für einen fairen und nachhaltigen Lebensstil und die Verbundenheit Erlangens mit der Partnerstadt San Carlos in Nicaragua.
Diese edlen Produkte für Genießer garantieren einen fairen Preis und die Unterstützung für die Kaffee-, Kakao- und Zuckerproduzenten in Nicaragua.
Der Fairhandelsmehrpreis ermöglicht Investitionen in die soziale Infrastruktur der lokalen Gemeinschaft. Außerdem erhalten die Produzenten Unterstützung, zum Beispiel bei der Umstellung auf Bioanbau.

Ergänzt wird das GENUSS ERLANGEN-Paket in der Adventszeit mit dem ersten Bio-Fairen Lebkuchen von der Bäckerei Imhoff in Nürnberg – mit Mascobado-Zucker von Alter Trade, Philippinen und mit einem Schokoladen-Überzug der Firma Zotter.

GUTEN APPETIT!

Weitere Informationen über die Produkte, Kooperationspartner, Aktionen in Erlangen und die Bewerbung als Fairtrade-Stadt unter:

WWW.ERLANGEN-WIRD-FAIRER.DE